

Staatliche Umverteilung aus der Perspektive der politischen Ökonomie

Ursula Dallinger

Zusammenfassung: Die in den letzten Dekaden in hochindustrialisierten Ländern wachsenden Diskrepanzen in der Verteilung der Markteinkommen wurden durch staatliche Einkommensumverteilung mehr oder weniger stark abgefedert. Welche Faktoren erklären den international und intertemporal variierenden Umfang staatlicher Korrekturen? In Ansätzen der politischen Ökonomie zu Umverteilung zeige ich eine Wendung weg von der Sicht, dass der Wandel der Einkommensstrukturen Umverteilung auslöse, hin zu politischen Faktoren wie Parteienmacht, politischen Institutionen. Alle betonen aber die dazu nötigen Koalitionen der Unterschicht mit der Mittelschicht. Neuere Ansätze verbinden Einkommensstrukturen und politische Faktoren mit dem Begriff sozialer Affinitäten. Demnach würden je nach Distanz zwischen mittleren und angrenzenden Einkommensgruppen politische Koalitionen mit „Oben“ oder „Unten“ wahrscheinlich. Der Beitrag testet diese Affinitätshypothese mit einem „pooled cross sectional time series“ Datensatz mit Indices zu Umverteilung und Verteilung der Markteinkommen, die mit Mikrodaten der LIS von 1980–2005 kalkuliert wurden. Proponenten dieser These erklärten die Entwicklung der Umverteilung mit schrumpfenden Einkommensdistanzen und deshalb wachsender Nähe zwischen Mittelschicht und unteren Einkommen und damit ähnlichen „voter demands“. Meine Ergebnisse weisen in eine andere Richtung: Staatliche Umverteilung wächst bei zunehmenden Einkommensdistanzen zwischen Haushalten im ärmeren und mittleren Quintil. Die stabile Position der Mitte in der Verteilung der Markteinkommen stellt Affinitäten und Koalitionsneigung mit unteren Einkommen in Frage. Die Bedingungen für doch mögliche Verteilungskoalitionen werden geprüft. Als Desiderat bleibt die Erfassung politischer Koalitionen offen.

Schlüsselwörter: Einkommensungleichheit · Staatliche Umverteilung · Politische Ökonomie · Mittelschicht · Medianwähler · Einkommensdistanzen · Soziale Affinität

Public income redistribution and political economy

Abstract: Over the last decades government income redistribution cushioned the growing disparity in the distribution of market incomes in most developed countries. The efforts governments take to absorb market inequality vary both international and inter-temporal. What explains this variation? Redistributive public policies according to the Median voter-model result not only from political demand of the poor, but of middle class voters, harmed by growing inequality, given a

country is a democracy and public policy decided by majorities. This controversial model has been enlarged by political power and (social) political institutions setting incentives for coalition building, since policies decide whose demand is transformed into actual programs. All approaches focus on the *coalitions* constituted by middle classes and either the lower or upper classes. Recent approaches combined changing income structures and the propensity of redistributive coalitions. Affinity within the income distribution would foster political coalitions. This contribution tests affinity, political power and institutional explanations based on micro-data from the Luxembourg Income Study on the development of the market income distribution and government redistribution in 19 countries between 1980 and 2005. Descriptive analysis showed that income distances between middle income and lower income groups did not decrease but widened. Thus ‘affinity’ is not the basis of similar voter demands. According to multivariate analysis the incentives for cross class coalitions set by political institutions are less relevant than voter turnout.

Keywords: Income inequality · Public income redistribution · Political economy · Middle class · Median voter · Income distances · Social affinity

1 Einleitung

In den meisten post-industriellen Ländern vertieften sich in den vergangenen Dekaden die Diskrepanzen bei der Verteilung der Markteinkommen durch unterschiedliche Faktoren, wie etwa die Veränderung der Tarifbindung oder die Tertiarisierung der Erwerbsstrukturen. Sozialtransfers und Steuerpolitik federten die wachsende Einkommensungleichheit zumindest partiell und in einem zwischen den Ländern variierenden Umfang ab (Korpi 2003; Hradil 2005; Beramendi und Cusack 2008; OECD 2008, 2011; Iversen und Soskice 2009b). Zwar schwächten Kürzungen sozialpolitischer Programme diese Wirkung, dennoch sorgt staatliche Umverteilung in den meisten OECD-Ländern für mehr Egalität als die marktliche Verteilung sie bietet.¹ Die Soziologie interessierte sich bislang wenig für sozialpolitische Korrekturen der Einkommensungleichheit, sondern eher für Bildung, als den gesellschaftlichen Ort der Realisierung von Chancengleichheit. Doch lohnt der Blick auf die Ungleichheit moderierenden Effekte des Sozialstaats, da dies die Debatte um Faktoren, die Einkommensungleichheit prägen, präzisiert. Wichtiger aber ist, dass am Gegenstand „Redistribution“ eine gesellschaftliche Selbstkorrektur der Einkommensverteilung analysierbar ist. Denn es findet eine politisch bestimmte Verteilung statt, die, sofern man Politik als das Herstellen kollektiver Entscheidungen versteht, das mehrheitlich Gewollte umsetzt. Jenseits dieser Idealdefinition fragt man sich aber, wer oder was die sekundäre politische Verteilungsarena bestimmt? Wer oder was treibt heute sozialen Ausgleich voran? Oder anders formuliert: Was sind die Determinanten staatlicher Einkommensumverteilung? Dem geht der vorliegende Beitrag theoretisch und empirisch nach. Statt auf die „Armen“ alleine, zielte die Forschung zu Umverteilungspolitik auf Verteilungscoalitionen zwischen Mittel- und Unterschicht. Mittelschichtwähler und deren politische Unterstützung für Umverteilungscoalitionen sind durch die neueren steuerpolitischen Programme einiger Parteien ausgesprochen aktuell.

1 Der neueste OECD-Bericht zur Einkommensentwicklung (2011, S. 23) benennt Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen als Grund der Nettoeinkommensentwicklung ab 2000, während zuvor der Markt die treibende Kraft der Ungleichheitsentwicklung war.

Die Gründe des variierenden Umfangs, in dem Sozial- und Steuerpolitik die Marktergebnisse korrigiert, wurden vielfach untersucht (Bradley et al. 2003; Kenworthy 2004; Ferrarini 2006; Pontusson 2005, S. 32). Dieser Beitrag konzentriert sich auf eine politikökonomische Tradition, die den Medianwähler-Ansatz kritisch erweiterte. Für das Ausgangsmodell ist bereits die Entwicklung der Ungleichheit der Markteinkommen der Motor für Wählerforderungen, die in demokratischen Ländern in entsprechender Politik realisiert werden. Allerdings muss die Mittelschicht betroffen sein, da sie aufgrund ihrer Wählermacht ihre Verteilungsinteressen eher durchsetzen kann. Erweiterungen brachten politische Faktoren ins Spiel. Denn Wählerforderungen werden nicht unmittelbar wirksam, sondern müssen das politische System passieren. Daher analysierte man den Einfluss von Parteien und Machtverhältnissen, von sozialstaatlichen wie auch politischen Institutionen auf den Umfang an Einkommensumverteilung (Korpi und Palme 2004; Iversen und Soskice 2006). In allen Erklärungen spielt der Medianwähler oder die Mittelschicht die zentrale Rolle. Die frühe komparative Sozialstaatsforschung vertrat, dass die Interessen, der auf Sozialtransfers am meisten angewiesenen Bezieher niedriger Einkommen, nur in Koalitionen mit der Wahlen entscheidenden Mittelschicht durchsetzbar sind. Nicht linke politische Kräfte allein, sondern Umverteilungskoalitionen bestimmten redistributive Politik. Späteren institutionalistischen Ansätzen galten die Umverteilungskoalitionen der Mittelschicht oder ihrer politischen Repräsentanten nun als Ergebnis der Anreize sozialstaatlicher und politischer Institutionen.

Neuerdings werden Einkommensstrukturen und politische Koalitionen mit dem Begriff „sozialer Affinität“ verbunden (Pontusson und Rueda 2010; Lupu und Pontusson 2011). Geringe Distanzen zwischen Einkommensgruppen generierten soziale Affinitäten, die wiederum klassenübergreifende Koalitionen erleichtern. Der hier hergestellte Zusammenhang zwischen Ungleichheitsstrukturen, sozialen Dispositionen und politischen Konsequenzen wirkt attraktiv. Doch stellt sich zugleich die Frage, wie plausibel angesichts der empirischen Einkommensentwicklung die Annahme ist, zwischen Haushalten mit niedrigem Markteinkommen und Mittelschichthaushalten bestünden ähnliche Verteilungsinteressen, die Umverteilungskoalitionen stützten. Nach der Affinitätsthese müsste sich in den letzten Dekaden die Position der Unter- und Mittelschicht-Haushalte angenähert haben und Umverteilung deshalb gewachsen sein. Ist das so? Das Hauptinteresse des Beitrags gilt dem, durch veränderte Einkommensstruktur erzeugten Wandel beim Umfang an Umverteilung. Allerdings prägen zweifellos letztlich politische Vermittlungsmechanismen den Grad an Umverteilung, die der Beitrag ebenso testet. Welche Rolle spielen linke Machtressourcen für redistributive Bemühungen? Kanalisieren politische Institutionen, also Wahlsysteme und sozialstaatliche Regime, tatsächlich die klassenübergreifenden Koalitionen?

Die Ergebnisse unterstreichen, dass eine veränderte Einkommensverteilung zwar einflussreich war, aber nicht im Sinne der Affinitätshypothese. Vielmehr wird die in den vergangenen Dekaden wachsende Umverteilung durch die zunehmende Distanz zwischen Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen bestimmt. Zudem zeige ich, dass die Mittelschicht intern differenziert ist und diskutiere die Folgen für ihre Koalitionsneigung. Die Daten zeichnen eher das Bild, dass untere Mittelschicht und Unterschicht in den vergangenen Dekaden in der Verteilung der Markteinkommen verloren und Umverteilung eine partielle „Entschädigung“ erzielte. Obwohl die höchsten Einkommen stärker durch

Steuern und Abgaben belastet werden, ziehen sie gegenüber den anderen Gruppen nach oben davon.

Da Erklärungen für Umverteilung an den Interessen einzelner Einkommenschichten ansetzen, stützt sich der Beitrag auf einen Indikator zur Einkommensverteilung, der den Anteil von Gruppen am Gesamteinkommen misst (quintil shares of total income). Grundlage sind die Mikrodaten der *Luxemburg Income Study* (LIS). Die verfügbaren Wellen mit Brutto- und Nettoeinkommen ergeben einen gepoolten Paneldatensatz zur Entwicklung zwischen 1985 und 2005.² Zunächst legt der Beitrag Erklärungen staatlicher Einkommensumverteilung dar (Abschn. 2) und dann die Methoden (Abschn. 3). Abschnitt 4 prüft die Plausibilität von „Umverteilungscoalitionen“ und den Einfluss sozialer Distanzen empirisch deskriptiv und multivariat.

2 Erklärungen sozialstaatlicher Umverteilung

2.1 Einkommensungleichheit und Demokratie

Der Median-Wähler-Ansatz von Meltzer und Richards (1981) wie auch von Roemer (1975) ist das in der politischen Ökonomie meist verwandte, gleichwohl inzwischen erweiterte Basismodell zur Erklärung des redistributiven Eingreifens in die Verteilung der Löhne und Gehälter. Danach setzt in Demokratien eine Korrektur der Marktungleichheit entsprechend der Präferenzen der Wählermehrheit dann ein, wenn die Disparitäten bei Löhnen und Gehältern wachsen und die Distanz zwischen Einkommen in der Mitte der Verteilung, dem Median, und dem durchschnittlichen Einkommen größer wird. Je größer die Differenz zwischen Median und mittlerem Einkommen ist, desto größer wird auch die Wählerschicht, für die Umverteilung vorteilhaft ist und entsprechende politische Präferenzen haben sollte. Voraussetzung ist progressive Besteuerung, die obere Einkommen überproportional mit Kosten der Umverteilung belastet. Wachsende Einkommensungleichheit würde so automatisch ausgeglichen, da die Politik aufgrund der Forderungen einer breiten Mehrheit nach umverteilenden politischen Maßnahmen tätig würde.³

Dieses Modell wurde kritisiert, weil empirisch das Ausmaß der Einkommensungleichheit den Umfang an Umverteilung keineswegs bestimmt. Länder mit starken Einkommensdisparitäten hätten sogar einen kleineren Sozialstaat als Länder mit wenig Ungleichheit. Auch forderten Bürger aus Ländern mit hoher Lohnungleichheit staatliche Umverteilung nicht mehr als Bürger egalitärer Länder.⁴ All dies spricht dagegen, dass Umverteilung direkt auf Ungleichheit reagiert. In der Regel dienen die USA als Beispiel dafür, dass hohe Lohnungleichheit keine egalisierende Sozialpolitik bedeutet. Die, im

2 Umverteilende Effekte des Sozialstaats durch Bildung, Zugang zu sozialen Dienstleistungen und öffentliche Beschäftigung werden hier nicht berücksichtigt, da dies eine gesonderte Untersuchung benötigen würde.

3 Umverteilungsforderungen flauen ab, wenn umverteilende Programme den Medianwähler an höhere Einkommen heranrücken und dieser erwarten muss, finanziell durch Steuern und Sozialabgaben belastet zu werden.

4 Siehe Moene und Wallerstein (2001); Iversen und Soskice (2006) und Lübker (2007).

Vergleich zu Europa, wenig ausgeprägte Umverteilung erkläre sich mit einem “American exceptionalism” (Alesina et al. 2001). Geringe gewerkschaftliche Organisation, hoher Migrantenanteil und politische Institutionen, die Unterprivilegierte von politischer Macht ausschließen, konstituieren ihn. Längsschnittdaten belegen jedoch den postulierten Zusammenhang zwischen steigender Lohnungleichheit und wachsender Umverteilung (Milanovic 2000, 2009; Kenworthy und Pontusson 2005; Kenworthy und McCall 2008; Kelly 2009).⁵ Die Kritik am Median-Wähler-Ansatz verkennt also Studien, die auf der Basis der zeitlichen Variation in einzelnen Ländern durchaus eine Beziehung zwischen dem Wandel der Marktungleichheit und staatlicher Umverteilung belegen. Zutreffend ist aber die Kritik, dass das Median-Wähler-Modell politische Prozesse der Umsetzung der Wählerforderungen kaum abbildet.

2.2 Politik, Machtressourcen und Mittelschicht

Wählerforderungen werden erst, wie die politische Ökonomie stets betonte, durch politische Prozesse und Institutionen vermittelt, einflussreich. Nur so gehen sie in politische Entscheidungen ein und prägen die Sozial- und Steuerpolitik. Eine politische Vermittlung bedeutet keineswegs eine direkte Empfänglichkeit von Parteien oder politischer Organe, sondern vielmehr einen eigenständigen Einfluss der Politik, der Wählerwünsche modifiziert.⁶

Wählerforderungen sind von Parteien aufzugreifen und mit Machtressourcen durchzusetzen. Zunächst galten linke Parteien als die politische Kraft, die Egalität durch Sozialpolitik wie auch zentralisierte Lohnverhandlungen und regulierte Arbeitsbeziehungen durchsetzen (Korpi 1989). Linke Parteien⁷ repräsentierten die Arbeiterschicht und deren Verteilungsinteressen. Sie etablierten im Rahmen eines demokratisch gezähmten Klassenkampfes (Korpi 1983) einen redistributiven Sozialstaat. In welchem Umfang linke Parteien Maßnahmen zugunsten ökonomischer Gleichheit durchsetzen können, hänge von ihren Machtressourcen in gesetzgebenden politischen Organen ab. Bereits die frühe komparative Sozialpolitikforschung unterstrich aber, dass die politischen Machtressourcen der Arbeiter und Unterprivilegierten allein kaum ausreichen, um sozialstaatliche Programme zu etablieren (Goodin und LeGrand 1987; Esping-Andersen 1990; Baldwin 1990). Wegen ihrer begrenzten Macht seien Arbeiterparteien auf Koalitionen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen angewiesen. In verschiedenen Ländern kamen und kommen heute weiterhin mit unterschiedlichen Koalitionspartnern Kompromisse in Hinblick auf

5 Zudem sind Kausalanalysen zum Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Umverteilung mit Längsschnittdaten zuverlässiger, da sie nur die „within-country“-Variation auswerten und so das Problem möglicher Verzerrungen der Ergebnisse durch fehlende Kontrolle von Drittvariablen vermeiden (Brüderl 2010).

6 Die Empfänglichkeit der Politik gegenüber Wählerpräferenzen wird kontrovers diskutiert. Teils wies man den Einfluss der öffentlichen Meinung nach (Brooks und Manza 2006), was aber wegen methodischer Mängel der Studien bezweifelt wurde (Kenworthy 2009). Jenseits methodischer Probleme mit dem Nachweis der kausalen Wirkung der Wählerforderungen wird „Empfänglichkeit“ bezweifelt (z. B. Bartels 2006).

7 Je nach Land bezeichnen sie sich als sozialdemokratische, sozialistische, liberale oder Arbeiterparteien.

Arbeitsmarktregulation und soziale Sicherung zustande und prägen spezifische sozialstaatliche Sicherungs-Arrangements (Papadakis 1993; Korpi und Palme 1998; Scruggs und Alan 2006; Svallfors 2004; Manow 2009).

„Umverteilungskoalitionen“ zwischen den Unter- und Mittelschichten sind in politökonomischen Erklärungen sozialpolitischer Umverteilung zentral und bringen die Mittelschicht ins Spiel. Empirisch sind Koalitionen aber schwerer zu greifen als der Einfluss linker Parteien und der Gewerkschaften. Die Macht politischer Parteien lässt sich über den Anteil ihrer Sitze im Parlament und die Dauer der Regierungsbeteiligung erfassen. Ein Einfluss linker Parteien auf staatliche Umverteilung oder die Lohnverteilung wurde aber nur teils bestätigt (Hicks und Swank 1992; Huber und Stephens 2001; Bradley et al. 2003; Beramendi und Cusack 2008). Daher zweifelt man inzwischen, ob linke Parteien in postindustriellen Gesellschaften noch relevant sind. Auch christdemokratisch-konservative Parteien etablierten soziale Sicherung, da dies Wählerkredit erzeugt, und auch sie auf im Zuge der Globalisierung bis in die Mittelschicht reichende Arbeitsmarktrisiken reagieren müssen. Auch die vom demografischen Wandel erzwungene Ausgabenexpansion erkläre die heute kaum noch sichtbare Beziehung zwischen der Höhe der Sozialausgaben und der politischen Position der regierenden Parteien. Die Irrelevanz der Parteien kann weiter auf den Zwang zu Koalitionsbildung zurückgehen, da Kompromisse die ursprünglichen Politikziele verwischen. Andere sehen infolge von Koalitionen die Fraktionalisierung des Parlaments und mit ihr die Sozialausgaben steigen, da in Koalitionen die Interessenvielfalt größer sei (Amable et al. 2008). Allerdings kann Interessenvielfalt auch Schranken und Vetomacht erzeugen.

Das Irrelevant-Werden der politischen Ausrichtung der Parteien in der Regierung für Redistribution ist m. E. ebenso mit der Dualisierung der Politik im Sinne der Ausrichtung linker Parteien an Insidern zu erklären (Rueda 2005). Sozialdemokratische Parteien werden wie andere Parteien, die Regierungsbeteiligung anstreben, sich um die Mittelschicht oder den Medianwähler bemühen und ins Zentrum bewegen. Entscheidend ist, wie es linken Parteien gelingt, zwischen Mittelschicht und weniger Privilegierten zu balancieren, und wie stark sie ihre politische Position im Bemühen um beide Interessenlager verschieben. Wenn die Sozialdemokratie nur in Koalition mit einer dominanten Christdemokratie regieren kann, mag sie Positionen zugunsten marginaler Gruppen aufgeben (Iversen und Soskice 2009b; Warwick 2011; Lindvall und Rueda 2012). Eine Partei aus einer Parteilfamilie hat daher nicht immer die gleiche Position in verschiedenen Ländern und über die Zeit (Pontusson und Rueda 2010, S. 680; Kitschelt 2001). Somit muss der Machtressourcenansatz um die Überlegung erweitert werden, dass die Sozialdemokratie im Zuge der Suche nach Mehrheiten in der Mitte weniger linke Positionen einnimmt und dadurch Redistribution zurückgeht.

Politische Parteien sind nicht empfänglich gegenüber Wählerinteressen, wenn sich bestimmte Gruppen weniger an Wahlen beteiligen und deren Interessen so nicht in den politischen Prozess einfließen. Bei geringer Wahlbeteiligung fallen Wählerforderungen unterprivilegierter Schichten aus, und Parteien müssen mit diesen weniger rechnen, als mit Forderungen der Mittel- und Oberschicht (APSA 2004; Alber und Kohler 2007; Lefkofridi et al. 2012). Wahlbeteiligung und der Umfang an Redistribution korrelieren

daher positiv (Kenworthy und Pontusson 2005; Mahler und Jesuit 2006; Mahler 2008).⁸ Hohe Wahlbeteiligung lässt daher linke Parteien stärker im Interesse sozio-ökonomisch Benachteiligter agieren (Pontusson und Rueda 2010).

Institutionalistische Erklärungen für Umverteilungscoalitionen waren sehr einflussreich. Zum einen betrachtete man von sozialstaatlichen Institutionen ausgehende Anreize: Marginale Sozialstaaten, die lediglich Grundsicherung für Ärmere gewähren, dividieren Empfänger und Finanzierer sozialer Leistungen auseinander. Universelle Sozialstaaten, die wegen Lebensstandard sichernder Leistungen eher den Bedürfnissen auch der Mittelschicht entsprechen, generieren breite politische Unterstützung. Insbesondere Sozialversicherungen, die soziale Risiken „aller“ (d. h. die Standardrisiken Alter, Krankheit und Pflegebedarf) absichern, würden akzeptiert und vermieden Abgabewiderstände der Mittelschicht (Esping-Andersen 1990, S. 33; Rothstein 1998; Korpi und Palme 1998; Brooks und Manza 2006; Palme 2006).⁹

Zum anderen beobachtete man, dass Wahlsysteme Anreize für unterschiedliche Parteienkoalitionen setzen (Iversen und Soskice 2006, 2009a). Entscheidend ist das Kalkül der Mittelschichtwähler, welche Koalition vorteilhafter für sie ist. Prinzipiell kann die Mittelschicht(-partei) sowohl mit der Unter- wie auch mit der Oberschicht koalieren. Das Wahlsystem eines Landes mache aber eine der beiden Koalitionsoptionen für die Mittelschichtparteien naheliegend: Proportionales Wahlrecht (PR) begünstigt Zentrum-Links-Koalitionen. Da hier alle Parteien nach ihrem Stimmanteil in die Regierung kommen, können Parteien ihre Versprechen an die Gruppe, die sie vertreten, einhalten. So sind Mittelschichtwähler sicher, dass ihre Stimmen von ihrer Partei entsprechend umgesetzt werden. Koalitionen mit linken Parteien werden attraktiv, um gemeinsam die Oberschicht „auszubeuten“. Das bietet mehr Ressourcen zugunsten umverteilender Programme, von der auch die Mitte profitiert.

Das Mehrheitswahlrecht (MR) begünstigt hingegen Zentrum-Rechts-Regierungen. Denn aus Sicht der Mittelschichtwähler besteht das Risiko, dass Parteien die breite Kompromiss-Plattform, mit der sie Mehrheiten gewannen, nach der Wahl verlassen und nach links oder rechts driften. Allein die Aussicht auf einen Linksdrift, durch den sich die Besteuerung auch für die Mitte erhöht und Kollektivgüter disproportional nach unten verteilt werden, macht es für die Mitte sicherer, eine Mitte-Rechts-Plattform statt der Mitte-Links-Plattform zu wählen. Sie verspricht eine geringere Besteuerung der Mittelschicht. Mehrheitswahlsysteme begünstigen ein Wahlverhalten der Mitte zugunsten konservativer Parteien.

8 Der Sozialstaat selbst erzeugt „policy feedbacks“. Während die meisten europäischen Länder durch umfassende Staatsbürgerrechte soziale Partizipation fördern, die positiv auf die politische Beteiligung ausstrahlt, verringern marginale Sozialstaaten politische Partizipation.

9 Da universelle Sozialversicherungen trotz fehlender Ausrichtung auf Bedürftige eine egalitäre Verteilung als Länder mit auf Arme ausgerichteten Sozialprogrammen erzielen, spricht man vom Umverteilungsparadox (Korpi und Palme 1998; Iversen und Soskice 2004).

2.3 Ungleichheitsstrukturen und soziale Affinitäten

In der politischen Ökonomie werden in neuerer Zeit Ansätze vertreten, für die zwar, wie im Median-Wähler-Ansatz, die Einkommensentwicklung der Ausgangspunkt von Verteilungsinteressen ist. Jedoch werden hier die Positionen sozialer Gruppen im Ungleichheitsgefüge auch als subjektive Distanzen begriffen, die wiederum das Zustandekommen spezifischer Umverteilungscoalitionen begünstigen. Ein großer Einkommensabstand zwischen Unter- und Mittelschicht lasse die Sozialausgaben steigen (wegen Umverteilungsforderungen der Bürger), ein großer Abstand zwischen Mittel- und Oberschicht lasse sie hingegen sinken. Denn bei großen ökonomischen Distanzen erlaube in der oberen Einkommensgruppe das „Engagement“ für einen Sozialstaat, von dem diese Gruppe keinen Nutzen hat. Bei einer großen Distanz hoher Einkommen zum Rest der Gesellschaft, verabschiedeten sich Wohlhabende aus der Finanzierung sozialer Kollektivgüter (Shapiro 2002; Schwabish et al. 2004, S. 5; Osberg et al. 2004).

Für Lupu und Pontusson (2011) erwachsen aus den Positionen sozialer Gruppen in der Einkommensstruktur soziale Affinitäten oder aber Distanzen, die wiederum politische Umverteilungscoalitionen unterfüttern. Je näher die mittlere und untere Einkommensgruppe im Verteilungsgefüge sind, desto größer ist staatliche Umverteilung, weil bei geringen Einkommensabständen leichter auch politische Umverteilungscoalitionen zwischen Unter- und Mittelschicht zustande kommen. Eine geringe Distanz zwischen mittleren und unteren Einkommen fördere die Unterstützung der entscheidenden mittleren Einkommensgruppe für Parteien mit umverteilenden Programmen.

Mit wem die Mitte Koalitionen eingeht, ist aufgrund ihrer strukturell unentschiedenen Position fraglich. Diese Schicht hängt weder so umfassend wie untere Einkommen von Sozialtransfers ab, noch bringt sie in dem Umfang wie die obersten Einkommen Steuern auf. Es ist daher weniger als in niedrigen oder hohen Soziallagen eindeutig, welche Umverteilungscoalition Mittelschichtangehörige unterstützen. Zusätzliche Faktoren lenken diese zunächst offene Position in Verteilungskonflikten in eine spezifische Richtung, wie etwa ökonomische Krisen (Kristov et al. 1992). Da sie Unsicherheit und Abstiegsersparungen auch in der mittleren Gruppe aktivieren, entwickle die Mittelschicht aus einem „Selbstversicherungsmotiv“ heraus ein Interesse an Umverteilung. Prosperität macht hingegen den eigenen ökonomischen Aufstieg wahrscheinlich. Die mittlere, unentschiedene Einkommensgruppe entwickle dann soziale Affinitäten mit der Oberschicht.¹⁰

Bei starken Einkommensdifferenzen muss die etablierte Oberschicht kaum erwarten, abzustiegen und ein „empathy gulf“ (Shapiro 2002, S. 119) schmälert die Bereitschaft der Wohlhabenden, soziale Sicherheit mitzufinanzieren. Die Mittelschicht hat strukturell begründet größere Abstiegsängste, die, wenn die Distanz zwischen Mittel- und Unterschicht gering ist, ebenso in einen „sozialen Konkurrenzkampf“ münden können (Corneo und Grüner 2000; Shapiro 2002). Die Mitte grenzt sich nach unten ab und lehnt Umverteilung ab, da Steuern und Abgaben ihr Ressourcen für Distinktion durch demonstrativen Konsum entziehen.

¹⁰ Zum Einfluss von Mobilitätsenerfahrungen auf Umverteilungsforderungen siehe Piketty (1995) und Perotti (1996).

2.4 Zwischenbilanz und Hypothesen

Der Blick in die aktuelle Literatur zur politischen Ökonomie der Umverteilung zeigt, dass sie, wie der klassische Median-Wähler-Ansatz, die Struktur der Einkommensverteilung als Grund für Wählerforderungen thematisiert. Die wahlentscheidende Mittelschicht sollte im Zuge veränderter Ungleichheit Verteilungsinteressen entwickeln. Allerdings ist die Frage zu klären, wie sich in den vergangenen Dekaden die Distanz zwischen „Mitte“ und „Unten“ entwickelte und ob es Anlass für Verteilungskoalitionen zugunsten sozialstaatlicher Kompensation gibt.¹¹ Weiter ist die relative Position von Gruppen in der Einkommensverteilung und dadurch mögliche soziale Affinitäten zwischen ihnen im Hinblick auf den Umfang an Umverteilung zu untersuchen. Die erste Hypothese lautet:

- H1a:* Wenn der Abstand zwischen Mitte und Unten abnimmt, wächst staatliche Umverteilung (negativer Zusammenhang). Umgekehrt: Bei einem zunehmenden Abstand zwischen unteren und mittleren Einkommen schrumpft Umverteilung.
- H1b:* Je größer die Distanz zwischen mittlerer und höchster Einkommensgruppe, desto geringer ist staatliche Umverteilung.

In Erklärungen staatlicher Einkommensumverteilung ist die Mittelschicht aufgrund ihrer Wählermacht entscheidend. Die Verteilungsinteressen unterprivilegierter Schichten können sich nur in Umverteilungs-Koalitionen durchsetzen. Meines Erachtens spielt jedoch der Trend sozialdemokratischer Parteien zur Verschiebung ihrer politischen Position hin zu moderateren Positionen mit dem Ziel maximaler politischer Unterstützung durch mittlere Schichten eine ebenso wichtige Rolle. Die Konsequenz der Bewegung linker Parteien in die politische Mitte für den Umfang an Umverteilung formuliert Hypothese *H2a*:

- H2a:* Je weiter sich die politische Position sozialdemokratischer Parteien in die Mitte des Links-Rechts-Spektrums verlagert, desto weniger Umverteilung nach unten findet statt.

Die Rolle politischer Macht wird durch Hypothese *H2b* aufgegriffen:

- H2b:* Je mehr Einfluss linke Parteien in der Regierung haben, desto mehr Redistribution existiert.

Institutionelle Anreize für Verteilungskoalitionen prüfen folgende Hypothesen:

- H3a:* Universelle Sozialstaaten steigern Redistribution.
- H3b:* Proportionales Wahlrecht fördert Koalitionen mit der Unterschicht und steigert so Umverteilung.

Die Hypothesen zum Einfluss politischer Faktoren behaupten nicht, Regierung oder Parteien bestimmten intentional die faktischen Umverteilungseffekte. Wie beim Übergang von Wählerforderungen zu Parteipolitik sind Brüche auch zwischen redistributiven Programmen und ihren tatsächlichen Effekten wahrscheinlich.

¹¹ Die Entwicklung der Umverteilungsforderungen der Bürger lässt sich leider nicht unmittelbar einbeziehen, da Survey-Daten nicht lange genug vorliegen.

3 Daten und Methoden

Variablen zur Einkommensverteilung und Umverteilung, auf die sich die Analysen dieses Beitrags stützen, basieren auf Mikro-Daten der *Luxemburg Income Study* (LIS) Daten.¹² Zur Berechnung der Indices zur Einkommensverteilung wurden Haushaltseinkommen zugrunde gelegt, die ich für Zahl und Alter der Haushaltsmitglieder äquivalenzgewichtet und mit der Methode des „top- und bottom coding“ aufbereitet habe. Dies schneidet Ausreißer am oberen und unteren Ende der Verteilung ab und dient der Absicherung der Resultate gegenüber dem Einfluss von Extremwerten.

Die Analysen beziehen sich auf die Zeit zwischen 1980 und 2005. Für einzelne Länder wäre bereits eine frühere wie auch spätere Welle nach 2005 verfügbar. Da dies jedoch die implizite Gewichtung durch Länder mit mehr Beobachtungen verstärken würde, beziehe ich diese nicht ein. Es ergibt sich ein „unbalanced pooled cross-sectional time series“-Datensatz, da die Zeitabstände zwischen den Messungen nicht für alle Länder gleich sind und eine unterschiedliche Zahl an Wellen je Land eingeht. Er enthält 81 Beobachtungen für 19 Länder. Zwar gehen zwischen 1 und 6 Beobachtungen je Land ein, doch systematische Verzerrungen durch das häufigere Vorkommen bestimmter Länder unwahrscheinlich, da die Zahl der Beobachtungen für liberale, konservative und skandinavische Länder nicht zu stark divergiert.

Der Grad der Ungleichheit der Einkommensverteilung wird erfasst als prozentualer Anteil des Gesamteinkommens, den jeweils ein Fünftel der Bevölkerung erhält.¹³ Diese Kennzahl der relativen Einkommensverteilung basiert darauf, dass Abweichungen zwischen der Größe der Bevölkerungsgruppe und dem Einkommensanteil, der ihr zufließt, Ungleichheit ausdrückt. Anders als der Gini-Index, bildet dieses Verfahren die Position einzelner Einkommens- und sozialer Gruppen innerhalb von Verteilungsstrukturen differenziert ab. Weder Median-Wähler- noch institutionalistische Konzepte von Verteilungskonkordien verfügen über ausgearbeitete Schicht- oder Klassenmodelle, die Klasse im Sinne soziologischer Ansätze in der Kontrolle über Ressourcen oder der Position in der Beschäftigungsstruktur verankern (Goldthorp 1982; Oesch 2006). Sie fassen Schichten anhand von Einkommen, das als Proxy-Variable für klassenrelevante Merkmale verstanden wird. Dem folge ich, zumal Daten zur Bildung eines Klassenschemas ländervergleichend für den langen, hier betrachteten Zeitraum, nicht vorliegen. Die über Einkommensanteile einzelner Quintile gemessene Verteilung suggeriert nicht, es existierten in jedem Land faktisch fünf Klassen. Quintilshares sind aber ein Mittel zur Darstellung der relativen Einkommensposition und bilden den relevanten Sachverhalt, sich verändernde Einkommensanteile und Umverteilungswirkungen, hinreichend ab.

12 <http://www.lisdatacenter.org/our-data/lis-database/documentation/list-of-datasets/>. Das LIS-Projekt bezieht Daten von nationalen repräsentativen Mikrodatsätzen, recodiert sie anhand konsistenter Standards und macht sie so international vergleichbar. Die Wellen werden als 1985, 1990, 1995, 2000 und 2005 bezeichnet. Die Erhebungsjahre einzelner Länder schwanken um diese Zeitpunkte.

13 Haushalte werden nach der Größe ihrer Einkommen geordnet, in fünf gleich große Gruppen geteilt, also in Quintile mit 20% der Befragten. Dann lässt sich der Anteil am Gesamteinkommen jeder Gruppe ermitteln.

Die Wirkung staatlicher Umverteilung für einzelne Einkommensgruppen ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Quintilsanteil, einmal berechnet mit dem Brutto-, dann mit dem verfügbaren Nettoeinkommen der Haushalte. Diese Differenz kann, abhängig davon, ob der ursprüngliche Markt-Anteil der Gruppe durch Umverteilung wächst oder sinkt, positiv oder negativ sein.¹⁴ Die nur dem untersten Einkommensquintil zukommende Umverteilung ist die abhängige Variable der multivariaten Analysen ($y = Q1_{\text{verfügbar}} - Q1_{\text{Markt}}$). Für diese Option spricht, dass Redistribution hier am deutlichsten wirkt und zu einer verbesserten Nettoeinkommensposition führt, während sich die relative Lage mittlerer Schichten wenig verändert (wie Abschn. 4 empirisch zeigt). Zudem erfordern die Erklärungsansätze eine nach sozialen Schichten differenzierte Operationalisierung der abhängigen Variable.

In die Berechnung der Einkommensverteilung geht entsprechend etablierter Standards nur die Bevölkerung im Erwerbsalter (über 20 und unter 60 Jahren) ein, um Verzerrungen durch unterschiedliche Rentensysteme zu vermeiden (Iversen und Soskice 2006; Bradley et al. 2003). Über 60jährige sind meist Rentner, deren Markteinkommen vom Rentensystem des jeweiligen Landes abhängt. Dominiert staatliche Alterssicherung, haben Rentner kein oder wenig Markteinkommen. Ist private Altersvorsorge üblich, verfügen Rentner über Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung oder kapitalmarkt-basierte Alterssicherung. Wenn man Umverteilung als Differenz zwischen Markt- und verfügbarem Einkommen berechnet, ergibt sich ein je nach Rentensystem unterschiedlich deutlicher Sprung von null oder wenig Markteinkommen zum Einkommen durch staatliche Altersrente. Der gemessene Umverteilungseffekt ist dann aber bestimmt durch die Alterssicherungssysteme.¹⁵

3.1 Erklärende Variablen

Zentrale erklärende Variablen für Umverteilung nach unten sind Distanzen bei den Markteinkommen, die laut des modifizierten Median-Wähler-Ansatzes auch soziale Distanzen und politische Koalitionen prägen. Die Distanz zwischen mittlerer und unterster Einkommensgruppe wird mit der „3_1-Ratio“ erfasst, die zwischen mittlerem und oberstem Fünftel mit der „5_3-Ratio“ (dazu werden die Einkommensanteile am Markteinkommen der jeweiligen Quintile ins Verhältnis gesetzt: $Q3_{\text{Markt}}/Q1_{\text{Markt}}$ und $Q5_{\text{Markt}}/Q3_{\text{Markt}}$). Sie basieren auf LIS-Daten, sind aber nicht linear verknüpft mit dem Item für Umverteilung. Denn der Umfang an Umverteilung variiert gemäß länderspezifischer Steuer- und Sozial-

14 Umverteilung als Differenz zwischen der Verteilung vor und nach Steuern und sozialen Geldleistungen zu messen, hat Grenzen. Erfasst werden die Effekte direkter Steuern und Sozialtransfers, nicht aber öffentliche soziale Dienstleistungen oder Beschäftigung (Garfinkel et al. 2005; Whiteford 2008; Mahler et al. 2010). Auch fehlt der Effekt regressiver indirekter Konsumsteuern. Weiter sind Märkte nicht rein marktlich, sondern bereits sozialpolitisch beeinflusst, etwa in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitsangebotsverhalten (Saunders 2010). Auch überschätzt die Standardmethode die steuerliche Belastung hoher Einkommen. Surveys bilden die obersten 2% oder 1% der Einkommensbezieher, Einkommen aus Betriebs- und Kapitalgewinnen etc. schlecht ab. Der Vergleich der Verteilung von Markt- und verfügbarem Einkommen erfasst daher ein bestimmtes Spektrum staatlicher Umverteilung.

15 Dass Analysen, die Rentner einschließen, den „Rentensystemeffekt“ irrtümlich als Umverteilung werten, wird etwa bei Pamp (2011) sichtbar.

politik und weiterer gesellschaftlicher Faktoren und lässt sich nicht aus den Ratios für Markteinkommen mathematisch generieren.

Die Macht bestimmter Parteien in der Regierung, und somit die ideologische Ausrichtung der Regierungen, wird mit der Variable „center of political gravity“ nach den Daten des *Comparative Manifesto Project* gemessen (im folgenden Manifesto-Daten). Sie summiert die politischen Positionen auf einer Links-Rechts Skala der einzelnen, an der Regierung beteiligten Parteien und gewichtet diese Positionen mit der Zahl der Sitze der jeweiligen Partei in der Regierung.¹⁶ Je kleiner und negativer die Werte werden, desto stärker sind linke Parteien vertreten, je höher der Wert wird, desto stärker ist die Regierung durch konservative Parteien geprägt. Die Variable zur Bewegung linker Parteien hin zu gemäßigten politischen Positionen, die Mittelschichtwähler ansprechen soll, wird mit dem Rechts-Links-Index (von -100 bis $+100$) für sozialdemokratische Parteien erfasst, ebenfalls aus den Manifesto-Daten (Klingemann et al. 2006). Je größer der Index, desto konservativer die politische Position der Sozialdemokratie. (Bei mehreren sozialdemokratischen Parteien in einem Land, gehen die Werte für die Partei mit dem höheren Stimmenanteil ein.)

Für institutionelle Anreize, unterschiedliche Wahlsysteme und sozialstaatliche Regime, werden Dummy-Variablen gebildet (Länder mit proportionalem Wahlsystem nach Iversen und Soskice 2006; universelle Regime Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark). Wahlbeteiligung als Prozentsatz der Wähler an den Wahlberechtigten bei den letzten nationalen Wahlen geht als Kontrolle in das Modell ein (Armingeon et al. 2010). Sie indiziert, ob politischer Einfluss geltend gemacht wird und gilt auch als Proxyvariable für schichtspezifische Wahlbeteiligung, da die Varianz der Wahlbeteiligung auf die Nichtbeteiligung unterer Sozialschichten zurückgeht. Auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad (Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter Erwerbstätigen) dient als Kontrollvariable.¹⁷

Alle Modelle enthalten die Arbeitslosenquote, um den Effekt der variierenden Arbeitslosigkeit zu kontrollieren, der allein aufgrund der Berechnung von Umverteilung (Differenz zwischen Markt- und verfügbarem Einkommen) entsteht. Steigende Arbeitslosigkeit mit mehr Menschen ohne Markteinkommen, aber Lohnersatzleistungen, soll nicht automatisch als mehr Umverteilung verbucht werden (Kenworthy und Pontusson 2005).¹⁸ Als weitere Kontrollvariablen gehen das Bruttoinlandsprodukt (konstante Preise, kaufkraftbereinigt, in US-Dollar) und die Frauenerwerbsquote ein.¹⁹

16 Siehe http://www.wzb.eu/alt/ism/people/misc/cusack/d_sets.en.htm. sowie Cusack und Engelhardt (2002). Da die nach Wahlperioden gegliederten Variablen aus Cusack und Engelhardt (2002) nicht immer perfekt zur Welle des LIS passen, wurde der Durchschnittswert der Variable in den 3–5 Jahre vor der Umverteilungsvariable gebildet.

17 Mitgliedschaft in Gewerkschaften in Prozent der Lohn- und Gehaltsempfänger. Quelle: Data Base on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts, 1960–2010 (ICTWSS). Visser, Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies, Version 3.0. http://www.uva-aiaas.net/uploaded_files/regular/ICTWSScodebook30%282%29.pdf.

18 Jährliche Arbeitslosenquote: ILO <http://laborsta.ilo.org>.

19 Quelle: OECD; stats.oecd.org (Zugegriffen: 11.7.2013).

Der Einfluss von Einkommensdistanzen und anderer zeitvarianter Variablen auf das Ausmaß an Umverteilung wird mit Regressionen mit Länder-Dummies (auch fixed effects-Modelle) geprüft. Diese nutzen nur die zeitliche Varianz der Daten und klammern Unterschiede zwischen Ländern aus. Sie liefern konsistente Schätzer, auch wenn die individuellen Effekte mit anderen (unbeobachteten) Variablen korreliert sind. Das im Querschnittsdesign enthaltene Risiko, dass unbeobachtete Ländermerkmale die Koeffizienten verzerren, tritt also nicht auf. Fixed effects-Modelle mit Längsschnittdaten vermeiden es, dass Effekte aufgrund von Ländervarianz irrtümlich als zeitliche Effekte zu deuten (Kenworthy 2009; Meier-Jaeger 2011). Zeitkonstante institutionelle Merkmale werden mit OLS-Regressionen auf der Basis gepoolter Daten analysiert. Da die Varianz zwischen den Ländern größer ist als die intertemporale Varianz in einzelnen Ländern, sind die Querschnittsanalysen aber ein vollwertiger Auswertungsschritt.²⁰ Da Beobachtungen in einem gepoolten Paneldatensatz nicht unabhängig voneinander sind, wird das Problem der Autokorrelation der Beobachtungen durch robuste Standardfehler nach Huber (1967) und White (1980) korrigiert (Bradley et al. 2003). Dummy-Variablen für die Wellen kontrollieren ungemessene temporale Effekte. Periodenspezifische Effekte in den Daten würden die Fehler zwischen den Einheiten korrelieren lassen (Kittel 2009).²¹

4 Ergebnisse

4.1 Ungleichheitsstrukturen und Umverteilung

Wie entwickelte sich staatliche Redistribution empirisch? Welche Folgerungen in Hinblick auf Umverteilungscoalitionen zeichnen sich ab? Abbildungen 1a und 1b zeigen die Einkommensanteile der fünf Gruppen bei den Markt- wie auch den verfügbaren Einkommen und deren Entwicklung zwischen 1985 und 2005. Das unterste Quintil muss sich mit einem deutlich unterproportionalen Anteil von ca. 3–5 % der gesamten Markteinkommen begnügen. Im betrachteten Zeitraum verschlechterte sich die Marktposition von Haushalten mit geringem Einkommen noch, wie andere Studien bestätigen.²² Da die Position der untersten Einkommen in der Marktverteilung erodierte, dürften sie eindeutig Interesse an umverteilender Sozialpolitik haben. Zudem verbesserte staatliche Umverteilung die relative Einkommensposition dieser ärmsten Haushalte. Ihr Anteil am gesamten verfügbaren Einkommen wurde generell größer, jedoch mehr in Ländern mit ausgebautem Sozialstaat (DE, FI) und weniger in Ländern mit marginalem Sozialstaat (UK, US, CA). Aber auch im liberalen Australien erzielten ärmere Haushalte eine ähnliche Position wie in Deutsch-

20 Ein Anova-Test ergibt, dass 32 % der Varianz auf der Zeitebene (within), 68 % der Varianz auf der Länderebene (between) sind.

21 Die in der Literatur empfohlene Verwendung einer zeitverzögerten abhängigen Variable (t-1) ist angesichts der kleinen Zahl an Messzeitpunkten und der unregelmäßigen, teils langen Zeitabstände der Umverteilungsdaten nicht sinnvoll.

22 In den letzten Dekaden verloren v. a. gering Qualifizierte Arbeitsmarktopportunitäten und mussten schlechtere Löhne akzeptieren (Alderson et al. 2005; OECD 2008, S. 30; Groh-Samberg und Hertel 2010).

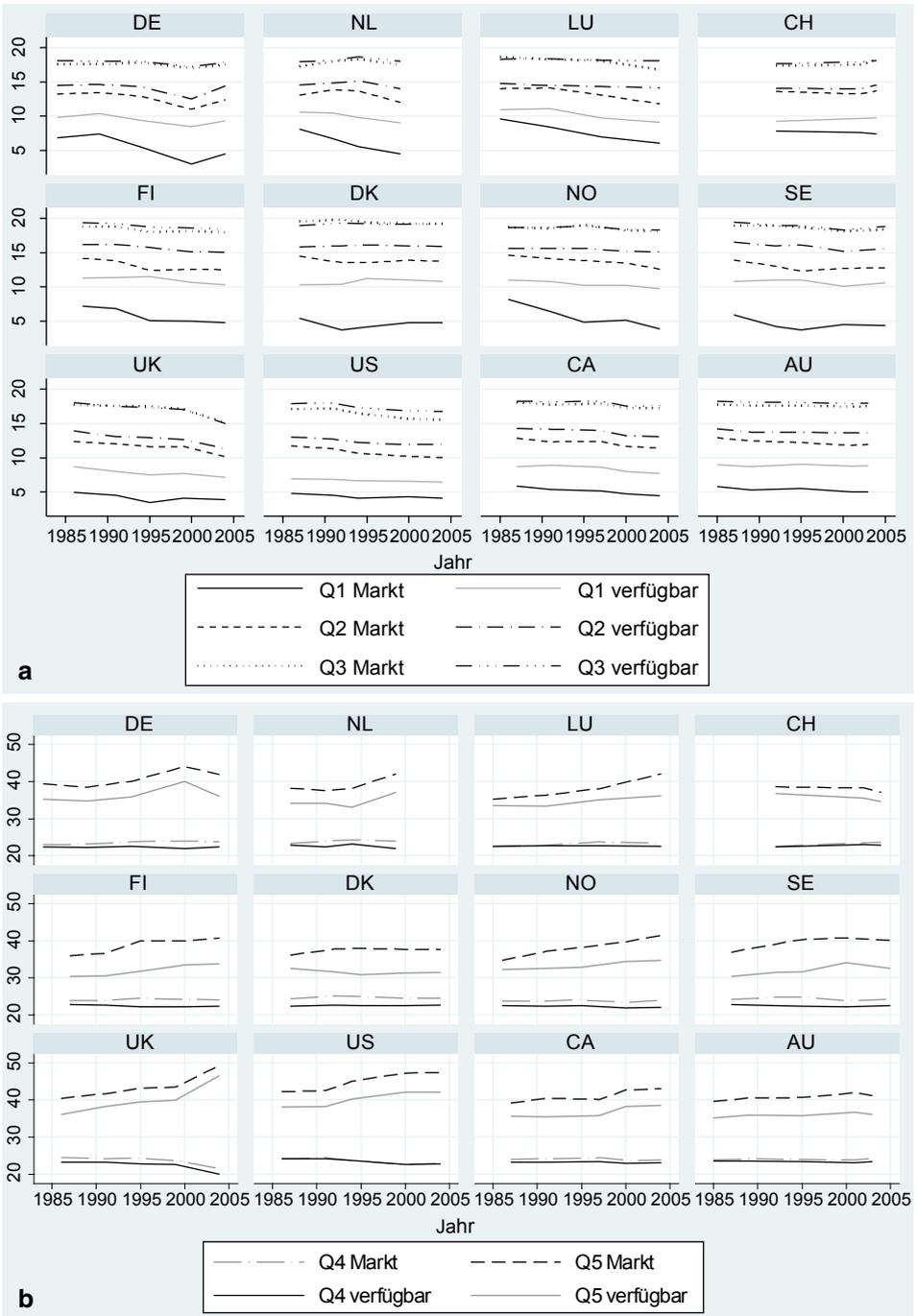


Abb. 1: **a** Einkommensanteile in der unteren Hälfte der Verteilung. **b** Einkommensanteile in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung. (Quelle: LIS, eigene Berechnung, eigene Darstellung. Die Grafik enthält nicht alle Länder, die später in die multivariate Analyse eingehen)

land. Durch Redistribution waren die verfügbaren Einkommen der ärmsten Schicht sogar überraschend stabil, im Vergleich zum negativen Trend bei Markteinkommen. Dennoch kompensierte Sozialpolitik nicht die gesamten Verluste. Die Linien, auch für verfügbare Einkommen, weisen in vielen Ländern nach unten.²³

Die mittlere Einkommensgruppe (Q3) erzielt einen annähernd ihrer Größe entsprechenden Anteil der Markteinkommen, nämlich ca. 20%. Ihr Anteil am Markteinkommen bleibt zwischen 1985 und 2005 gleich, mit Ausnahme von Großbritannien (Abb. 1a). Bereits die Marktposition der Mittelschicht war also über die Zeit stabil. Vermutlich sorgten schulische und berufliche Qualifikationen und regulierte Arbeitsbeziehungen in den hier betrachteten Dekaden für die stabile Arbeitsmarkt- und Einkommensposition der „Insider“ (so auch Iversen und Soskice 2009b). Daher sind mittlere Schichten weniger auf sozialstaatliche Umverteilung angewiesen, sondern eher auf Politik zur Arbeitsmarktregulierung und – stabilisierung („market conditioning“; Kelly 2009). Die temporal stabile Marktposition der mittleren Einkommensschicht gibt ihr zunächst kaum Anlass zu Umverteilungsforderungen oder zu sozialer Affinität mit den untersten Einkommen. Dazu kommen müssten Angst vor Abstieg oder fehlende Aufstiegserwartung in ökonomischen Krisen. Da die Differenz zwischen Markt – und verfügbaren Einkommen bei beiden mittleren Einkommensgruppen Q3 und Q4 gering ist, steigern sozialpolitische Programme die Wohlfahrtsposition der Mittelschichtshaushalte kaum. In der gesellschaftlichen Mitte dürfte somit im Vergleich zu Niedrigeinkommensbezieher*innen das Interesse am redistributiven Sozialstaat geringer sein. Die Mitte ist folglich relativ weniger auf umverteilende Sozialpolitik angewiesen, sondern eher auf soziale Sicherheit.²⁴

Im Hinblick auf mögliche Koalitionen ist die Heterogenität der gesellschaftlichen Mitte aufschlussreich. Untere und obere Mittelschicht (Q2 und Q4) unterscheiden sich hinsichtlich des jeweiligen Anteils am Markteinkommen stark (untere Mitte ca. 12%, obere Mitte ca. 24%). Auch verlief die Entwicklung jeweils ähnlich wie bei der angrenzenden Einkommensgruppe. Der Anteil am Markteinkommen der unteren Mitte verschlechterte sich, die obere Mitte (Abb. 1b) hingegen hat, wie die mittlere Mittelschicht, einen konstanten Anteil an den Markteinkommen. Ähnliche Umverteilungsinteressen in beiden untersten Fünfteln liegen nahe; soziale Affinität zwischen oberer Mittelschicht und wohlhabendem fünften Quintil aber kaum. Letztere erlebte einen „take off“, der eher einen „empathy gulf“ stützen dürfte (Shapiro 2002; Svallfors 1999). Auch die Tatsache, dass Abstiege eher am unteren Rand der sozialen Hierarchie geschehen (Schäfer 2010), macht wahrscheinlicher, dass die untere Mittelschicht Affinitäten entwickelt, weniger dagegen die beiden anderen Mittelschicht-Quintile.

23 Umverteilende Sozialpolitik kommt am stärksten der untersten Einkommensschicht zugute. Deren Einkommen besteht zum größeren Anteil aus Transfers (Hills 2004). Zudem besteht keine Korrelation zwischen den Einkommensanteilen nach dem Markteinkommen zum einen und beim Nettoeinkommen zum anderen. Umverteilung bricht also mit der Marktposition. Bei den anderen Quintilen korrelieren beide Einkommensformen, d. h. sozialpolitische Programme tasten die relative Einkommenslage nicht an.

24 Dass bei mittleren Einkommen ein wesentlich geringerer Teil des Haushaltseinkommens aus staatlichen Transfers besteht als bei armen Haushalten, stützen auch andere Autoren (etwa Hills 2004). Zum Unterschied zwischen umverteilender Dimensionen und sozialer Sicherung siehe Flora und Alber (1981).

Das oberste Quintil erhält einen weit überproportionalen Anteil des Markteinkommens, der je nach Land zwischen 40 und 50% schwankt und zwischen 1985 und 2005 noch anstieg (gestrichelte Linie in Abb. 1b). Ein Vergleich zwischen dem Marktanteil und dem Anteil am verfügbaren Einkommen zeigt, dass der dem obersten Quintil zufließende Einkommensanteil, sich nach Berücksichtigung von Steuern und Sozialabgaben deutlich verringert. Das höchste Einkommensquintil ist Nettofinanzierer staatlicher Transferleistungen und Steuern. Das oberste Quintil sollte daher gegen umverteilende Politik votieren.²⁵ Das heißt nicht, dass andere Gruppen keine Beiträge leisten. Gerade Transfers in der Mittelschicht gelten als „selbstfinanziert“ (Tullock 1971, S. 385).

Staatliche Redistribution ließ die verfügbaren Einkommen des obersten Einkommensfünftels flacher steigen; deren starke Zugewinne bei den Markteinkommen beseitigte sie jedoch nicht. Obwohl Haushalte des höchsten Quintils über die Zeit mehr Steuern und Abgaben für sozialstaatliche Programme zahlten und Sozialpolitik das verfügbare Einkommen der Reichen stärker reduzierte, verbesserte sich deren Wohlfahrtsposition letztlich. Offenbar hatten die reichsten Haushalte eine gute Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt und setzten hohe Löhne durch, die progressive Steuern und Abgaben kompensierten.

Die Entwicklung der Umverteilung wird in Abb. 2, die nur die Differenz zwischen Markt- und verfügbarem Einkommen zeigt und 1985 mit 2005 vergleicht, genauer präsentiert. Man sieht erneut, dass Umverteilung am stärksten die relative Einkommensposition des untersten Quintils verbessert, die Position des höchsten Quintils deutlich reduziert. Diese Struktur der Umverteilung ist 2005 sogar noch ausgeprägter als 20 Jahre zuvor. Haushalte der untersten Gruppe erhalten mehr aus Einkommensumverteilung, Haushalte der obersten Gruppe zahlen größere Anteile ihres Markteinkommens für Steuern und Beiträge. Dennoch stieg deren Anteil auch am verfügbaren Einkommen, während der Anteil der verstärkt auf Transfers angewiesenen Gruppe fällt (ohne Abb.). Die Mittelschichten scheinen wenig eingebunden in Umverteilung. Da ihr Anteil am verfügbaren Einkommen sich kaum von ihrem Markteinkommensanteil unterscheidet, ist die Säule in der Abbildung kurz (Milanovic 2000).

Dennoch sind sozialstaatliche Transfers und Steuern für mittlere Einkommen relevant, da sie immerhin die Einkommenslage der Mitte stabil halten. Dies erreicht u. a. die proportionale Verteilungswirkung von Sozialversicherungen, deren einkommensabhängig gestaltete Einzahlungen wie auch Auszahlungen sich ausgleichen (Ganghof und Genschel 2008). Für Haushalte des mittleren Quintils ist der Sozialstaat eine Art „piggy bank“, für Haushalte des untersten Quintils hingegen eher „Robin Hood“ (Barr 2001).²⁶ Zudem trägt die Standard-Methode, mit der Umverteilung erfasst wird, zum Eindruck

25 Dass die Unterstützung für staatliche Umverteilung mit steigendem Einkommen abnimmt und das eigene Einkommen sich in einschlägigen Studien als wichtigster Prädiktor für Umverteilungspräferenzen erwies, bestätigen dies (etwa Svallfors 2004; Finseraas 2008).

26 Sozialversicherung zur eigenen Absicherung und Redistribution nach „unten“ sind organisatorisch eng verwoben. Ein Beispiel bietet die Debatte um die Grundrente innerhalb der GRV für langjährig versicherte Bezieher von Renten unterhalb einer bestimmten Einkommensschwelle. Die, in die Sozialversicherung integrierte „Umverteilung“ rief Unmut gegenüber der „umverteilenden“, nicht beitragsäquivalenten Leistung wach.

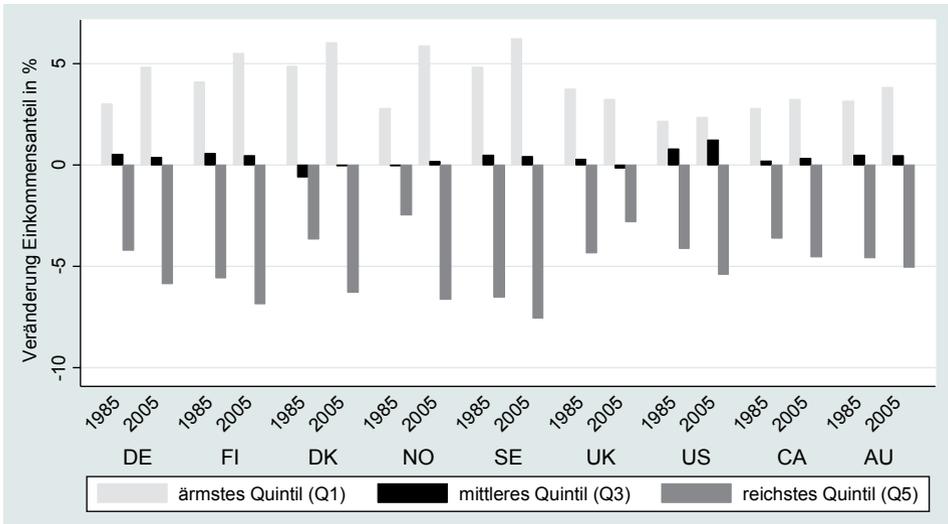


Abb. 2: Der Einfluss staatlicher Umverteilung auf einzelne Quintile, 1985 und 2005. (Quelle: LIS, eigene Berechnung, eigene Darstellung. Ausgewählte Länder mit Wellen 1985 und 2005. Interpretationshilfe: Umverteilung bedeutet die Differenz zwischen dem Anteil der einzelnen Quintile am Gesamteinkommen, einmal berechnet mit den Markteinkommen des Haushalts, dann mit verfügbarem Haushalts-Nettoeinkommen. Gezeigt wird diese Differenz in Prozentpunkten für je zwei Wellen in jedem Land und nur drei Quintile. Die weggelassenen Einkommensgruppen Q2 und Q4 würden lediglich Übergänge zwischen angrenzenden Quintilen darstellen. Die Differenz ist bei Zugewinnen positiv, bei verringertem Haushaltseinkommen negativ)

eines geringen Effektes der Umverteilung für mittlere Einkommen bei. Die Differenz zwischen dem Einkommen vor Steuern und Sozialtransfers und nach Steuern schlägt bei „Armen“ mit Null oder wenig Markteinkommen als Zugewinn zu Buche. Die Stabilisierung mittlerer Einkommen erfasst die Methode hingegen schlecht.

Der geringe Effekt unterstreicht aber die offene Ausgangsposition der Mittelschicht zwischen anderen Gruppen mit klaren Umverteilungsinteressen. Um Mitte-Unten-Koalitionen zu erzielen, müssten linke Parteien die Interessen des in den Arbeitsmarkt integrierten Mittelschicht-Wählers, der stabile Löhne und deren Verstetigung durch Sozialversicherungen bei Krankheit und Alter präferiert, mit redistributiven Interessen des ersten und zweiten Quintils ausbalancieren. Die sollte um so eher gelingen, je weiter links der Median-Wähler steht (Pontusson und Rueda 2010).

4.2 Multivariate Analyse

Nach dem Median-Wähler-Modell reagiert staatliche Umverteilung auf Diskrepanzen in der Verteilung der Markteinkommen, da Gruppen mit Verlusten ihrer relativen Einkommensposition staatliches Eingreifen fordern. Die Rede von Affinitäten oder Distanzen zwischen den Einkommenschichten deutet die Einkommensstrukturen auch als subjektiv relevante Sachverhalte, die zum Motor für entsprechende Korrekturforderungen betroffener Gruppen würden. Eine verkleinerte Distanz zwischen mittleren und unteren Markteinkommen sollte die Affinität zwischen den Einkommensgruppen stärken und,

Tab. 1: Fixed effects – Regressionen auf Umverteilung an das unterste Quintil

	1	2	3	4	5
Distanz Q3/1	1,049***	–	1,10***	0,988***	1,11***
Markteinkommen	(7,07)		(7,08)	(5,37)	(6,35)
Distanz Q5/3	–	–0,395***	–	–	–
Markteinkommen		(7,07)			
Center of pol. gravity (>konservativer)	–	–	–0,010*	–	–
			(2,49)		
Position linke Partei (>weiter Mitte)	–	–	–	–0,008*	–
				(1,96)	
Wahlbeteiligung in %	–	–	–	–	n. s.
Gewerkschaftsdichte in %	–	–	–	–	n. s.
Arbeitslosenrate	n. s.	0,161**	0,079+	n. s.	n. s.
		(2,97)	(1,76)		
Frauenerwerbsquote	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.
BIP pro Kopf	n. s.	n. s.	n. s.	0,044*	n. s.
				(2,35)	
Konstante	0,451	–0,139	0,793	0,099	–1,23*
	(0,884)	(1,21)	(0,927)	(0,949)	(1,31)
R Square (within) in %	64	52	65	65	66
N	78	78	69	71	77

Eingetragen sind unstandardisierte Koeffizienten. T-Statistik in Klammern. Bei den Konstanten sind Standardfehler in Klammern angegeben.

Signifikanzniveaus: ***<0,001; **<0,01; *<0,05; +<0,10; Analysen mit robustem Standardfehler

vermutlich über ähnliche politische Forderungen, für steigende Umverteilung sorgen. Es wird also ein negativer Koeffizient erwartet.

Die in Tab. 1 gezeigten Ergebnisse weisen für die wachsende Mitte-Unten-Distanz einen höchst signifikanten Effekt aus, aber nicht in die erwartete Richtung (Modell 1). Der positive Koeffizient zeigt vielmehr, dass staatliche Umverteilung zunimmt, wenn sich der Abstand zwischen Haushalten mit mittleren und unteren Markteinkommen vergrößert. Nun ist aus der deskriptiven Analyse bekannt, dass dieser Abstand wegen der erodierenden Einkommensposition der ärmsten Haushalte breiter wurde. Der signifikante und positive Koeffizient ist also Ergebnis des schrumpfenden Anteils des untersten Quintils, der in den vergangenen Dekaden die Distanz zur Mitte zunehmen ließ.²⁷ Ein wachsender Abstand zwischen den mittleren und obersten Einkommen (Modell 2) sorgt für einen negativen, höchst signifikanten Effekt auf Umverteilung. Entfernen sich die oberen Einkommen von der Mitte, dann schrumpft die Umverteilung nach unten. Dies weist kaum auf eine durchsetzungsfähige Mittelschicht, die die Erfahrung „abgehängt“ zu werden mit Umverteilungsforderungen beantwortet. Hypothese *H1b* ist somit bestätigt, nicht jedoch Hypothese *H1a*, die staatliche Redistribution durch die Nähe zwischen Mittel-

27 Wenn man die Mitte-Unten-Distanz als erklärende Variable durch den Marktanteil des ersten Quintils ersetzt, erhält man einen negativen signifikanten Effekt. Das bestätigt die oben berichtete Richtung des Effekts: Steigt der Anteil des ärmsten Quintils, wird weniger umverteilt.

und Unterschicht wachsen sieht. Offenbar wirken Faktoren, die trotz oder wegen wachsender Einkommensdistanzen die unterste Einkommensschicht versuchen anzuschließen. Der positive, aber schwache Effekt der Kontrollvariable Arbeitslosenquote muss nicht ausführlicher erklärt werden.

Modell 3 nimmt die Macht politischer Parteien in der Regierung auf. Der Koeffizient für die politisch-ideologische Ausrichtung der Regierung ist lediglich schwach.²⁸ Das negative Vorzeichen für „center of political gravity“ besagt, dass stärker rechts gerichtete Regierungen die zunehmende Ungleichheit bei den (Haushalts-)Markteinkommen weniger ausgleichen. Die Variable „Position linker Parteien“, die deren Bewegung im Links-Rechts-Spektrum in die Mitte erfasst, erzielt einen signifikanten negativen Effekt (Modell 4). Demnach reduziert die Bewegung der Sozialdemokratie ins Zentrum zugunsten von Stimmen der Mittelschicht Umverteilung nur wenig. Somit sind Hypothese *H2a* und *H2b* lediglich partiell bestätigt.

Die Relevanz linker politischer Positionen in postindustriellen Gesellschaften wird kontrovers diskutiert. Denn auch konservative Parteien rücken im Bemühen um den Medianwähler in die Mitte, sodass Differenzen der politischen Position der Parteien verschwimmen (Pontusson und Rueda 2008, S. 334). Andere begründen den Substanzverlust politischer Positionen mit der Globalisierung, die ökonomische Volatilität und ebenso die Sicherheitserwartungen der Wähler steigere, die Parteien gleich welcher Richtung bedienen müssen. Auch würden ökonomisch-distributive Konflikte durch sozio-kulturelle Konflikte überlagert, die Wählerverhalten heute stärker prägen (Kitschelt 2001; Kitschelt und Rehm 2006). Die Ergebnisse von Studien sind nicht eindeutig. Einige weisen einen Einfluss der parteipolitischen Ausrichtung auf (sozial-)politische Ergebnisse nach (Bradley et al. 2003; Castels und Obinger 2007; Kelly 2009), wobei neuerdings als Bedingung formuliert wird, dass nur bei hoher Wählermobilisierung die Position linker Parteien auf der Rechts-Links-Skala signifikant sei (Pontusson und Rueda 2008). In anderen ist die parteipolitische Ausrichtung irrelevant. Lupu und Pontusson (2011) begründen dies mit der Distanz-These: Jede Regierung müsse unabhängig von linker Beteiligung umverteilen, wenn die Einkommensstrukturen Koalitionen zwischen Mitte und Armen begünstigen. In meiner Analyse (Modell 5) hat allerdings die intertemporal variierende Höhe der Wahlbeteiligung weder als einzelne Variable, noch als Interaktion einen Einfluss (daher nur Wahlbeteiligung berichtet). Die Gewerkschaftsdichte, ein Indikator des Organisationsgrads und der Durchsetzungsfähigkeit der Arbeiterinteressen, ist ebenfalls irrelevant für die Erklärung der temporalen Entwicklung der Umverteilung (Modell 5).

Auch in der Länder vergleichenden Querschnittsanalyse (Tab. 2) erzielt die Distanz zwischen mittleren und unteren Einkommen auf der Ebene der Markteinkommen einen positiven, höchst signifikanten Effekt (Modell 1). Je größer demnach die Distanz zwischen Mitte und Unten in den untersuchten Ländern ausfällt, desto ausgeprägter ist die staatliche Umverteilung. Die Einkommensdistanz nach oben erhält einen negativen, höchst signifikanten Effekt (Modell 2): Je weiter auseinander Haushalte mit oberen und mittleren Einkommen bei den Markteinkommen positioniert sind, desto weniger wird

28 Wird die politische Macht der Linken in der Regierung mit der Variable aus Armingeon et al. (2010) erfasst, ist keinerlei Einfluss auf Umverteilung festzustellen.

Tab. 2: OLS-Regressionen auf Umverteilung an das unterste Quintil

	1	2	3	4	5	6
Distanz Q3/1	0,949***	–	0,825***	–	1,01***	1,08***
Markteinkommen	(4,36)		(6,24)	0,743*** (7,09)	(5,83)	(4,96)
Distanz Q5/3	–	–	–	–	–	–
Markteinkommen		0,534*** (3,80)				
Center of pol. gravity (>konservativer)	–	–	–	–	–	–0,014* (2,39)
Wahlbeteiligung (in %)	–	–	–	–	–	0,031*** (6,96)
Gewerkschaftsdichte (in %)	–	–	–	0,029*** (3,94)	–	–
Universeller Sozialstaat (Dummy)	–	–	2,16*** (8,67)	0,743* (2,29)	–	–
Wahlrecht proportional (Dummy)	–	–	–	–	1,17*** (5,28)	0,669** (2,89)
Arbeitslosenrate	n. s.	0,069* (2,04)	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.
Frauenerwerbsquote	0,050*** (4,32)	0,080*** (6,95)	n. s.	n. s.	0,043** (3,25)	0,055** (3,59)
BIP pro Kopf	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.	n. s.
Konstante	–2,96* (1,33)	–0,208 (1,37)	1,49 (1,34)	–0,439 (1,17)	–3,40** (1,22)	–6,43*** (1,20)
R Square in %	60	54	73	83	73	81
N	78	78	78	78	78	69

Eingetragen sind unstandardisierte Koeffizienten T-Statistik in Klammern. Bei den Konstanten sind in Klammern Standardfehler angegeben.

Signifikanzniveaus: ***<0,001; **<0,01; *<0,05. Analysen mit robustem Standardfehler. Alle Modelle mit Dummies für Wellen, Ref. 2005

umverteilt. Länder, in denen eine starke Differenzierung der Markteinkommen nach oben akzeptiert ist, verteilen weniger um.

Mit OLS-Regressionen lassen sich nun auch zeitinvariante institutionelle Merkmale testen. Das universalistische Sozialstaatsmodell erzielt für sich allein einen großen, höchst signifikanten Effekt (Modell 3). Da der Effekt bereits bei Kontrolle für die Gewerkschaftsdichte klein wird (Modell 4), sollte man den von diesem sozialstaatlichen Typ ausgehenden Anreiz für Verteilungskonkurrenzen zwischen Unter- und Mittelschicht, wie ihn Hypothese *H3a* formulierte, nicht überschätzen. Ein hoher Anteil an Gewerkschaftsmitgliedschaft, und somit politische Macht, ist wichtiger.

Die Dummy-Variable für proportionales Wahlrecht (Modell 5) erzielt einen höchst signifikanten und positiven Effekt. Dieser schrumpft allerdings ebenfalls bei Einbezug anderer moderierender Variablen. Die Wahlbeteiligung erweist sich als wichtiger als institutionelle Anreize des Wahlsystems (Modell 6); ist sie hoch, dann ist auch Umverteilung an das ärmste Quintil umfassender. Proportionales Wahlrecht sorgt aber begrenzt dafür,

dass Haushalte mit niedrigem Markteinkommen eine höhere staatliche Kompensation für (oben nachgewiesene) Marktverluste als beim Mehrheitswahlsystem erhalten, Hypothese *H3b* ist somit partiell bestätigt.²⁹ Die ideologische Ausrichtung der Regierung (center of political gravity) erhält, wie in der Längsschnittanalyse, einen negativen, lediglich schwachen und signifikanten Effekt. Eher konservative Regierungen verteilen weniger nach unten um, als solche, in denen sozialdemokratische Parteien einflussreich sind. Die Variable für die Bewegung linker Parteien in die Mitte des Rechts-Links-Spektrums ist auch in der Querschnittsanalyse insignifikant (nicht gezeigt in Tab. 2).

5 Fazit

Angesichts der seit Dekaden steigenden Diskrepanzen bei den Markteinkommen ist es naheliegend zu fragen, ob und wie sozialstaatliche Umverteilung hier eingreift. Schon weit vor den aktuellen Entwicklungen vertreten Erklärungen für staatliche Redistribution nüchtern, dass Politik nicht bereits wegen der Verluste „Ärmerer“ reagiert. Erst Koalitionen mit Mittelschichtwählern machten redistributive Politik gegen eine zunehmend inegalitäre Marktverteilung durchsetzbar. Die zentrale Frage aller Ansätze war, wie Koalitionen zustande kommen. Für den klassischen Median-Wähler-Ansatz entwickelt die wahlentscheidende Mitte bereits ähnliche Verteilungsinteressen wie ärmere Haushalte, wenn sich ihre Einkommensposition verschlechtert. Konzeptionelle Erweiterungen insistierten aber, dass Verteilungsinteressen erst aufgrund der Vermittlung durch formale politische Macht wie auch politische Institutionen relevant werden. Der Aufsatz konfrontierte diese Annahmen zur Relevanz der sich wandelnden Einkommensstrukturen einerseits und der politischen Institutionen andererseits mit Daten zur Entwicklung der Markteinkommen und staatlicher Umverteilung zwischen 1980 und 2005 in 19 OECD-Ländern.

Die Einkommensposition des untersten Fünftels verschlechterte sich, denn ihr Anteil am gesamten Markteinkommen schrumpfte. Dagegen war der Anteil der Mitte stabil und der ohnehin überproportionale Anteil der obersten Einkommen wuchs noch. Die in fast allen hochentwickelten Ländern wachsende Diskrepanz der Markteinkommen zwischen Oben und Unten ging mit intensiverer Umverteilung durch sozialstaatliche Transfer- und Steuerprogramme einher (Ausnahme ist Großbritannien). Das federte aber die Verluste der ärmeren Gruppen bei ihren Erträgen aus Arbeitsmarktteilhabe nur partiell ab. Intensivere Umverteilung verstärkte zwar die Belastung der höchsten Einkommen, nivellierte jedoch deren Zugewinne keineswegs, da ihr wachsender Anteil am Markteinkommen dies überkompensierte. Liberalisierte Märkte sorgten bei oberen Einkommen für Zugewinne und ließen Kompensationszahlungen an die „Verlierer“ zu, bei gleichzeitigem Wachsen der Ungleichheit. Zugleich lassen Migration, abnehmende tarifliche Regelung der Löhne und Tertiärisierung die Einkommen unten erodieren. Dies behandelt die für die Erosion der Markteinkommen verantwortlichen Faktoren nicht erschöpfend, da ich mich auf die politischen Folgen dieser Trends konzentrierte. Die Einkommensposition

29 Die von Lupu und Pontusson (2008, S. 20) gezeigte Relevanz von Interaktionseffekten, wonach bei proportionalem Wahlrecht alle Parteien, auch konservative, empfänglich auf Anliegen der Unterschicht reagieren, bestätigten meine Daten nicht.

der Mittelschichtwähler war relativ stabil, weshalb diese an redistributiver Politik wenig interessiert sein sollten. Ein Koalitionspartner der Ärmeren fehlt eigentlich.

Wenn man nach Umverteilungscoalitionen sucht, muss man aber die Mittelschicht differenzieren. So macht die positive Entwicklung für die obere Mittelschicht ähnliche Verteilungsinteressen wie im untersten Einkommensfünftel unwahrscheinlich. Weiter sollte das ärmste Fünftel wie auch die untere Mitte wegen ihrer verschlechterter Marktposition ein Interesse an Umverteilung haben. Auch der Kern der Mitte hatte angesichts ihrer stabilen Markteinkommensposition wenig Anlass zu Umverteilungsforderungen. Demnach ist die untere Mittelschicht jene Gruppe, die ähnliche verteilungspolitische Interessen wie das ärmste Fünftel der Bevölkerung entwickeln dürfte, da ihre Marktchancen wie im untersten Quintil schrumpften. Die Wählermacht beider Gruppen ist beträchtlich, wenn diese Gruppen politisch mobilisiert sind und sich an Wahlen beteiligen. Zu welchen Koalitionen das dritte Quintil, die stabilste Gruppe der Mittelschicht, tendiert, ist am wenigsten eindeutig. Die obere Mitte partizipierte in den vergangenen Dekaden an Zugewinnen der Einkommensstarken, mit folglich eher konservativer Koalitionsneigung, sofern man von rationalem politischem Verhalten ausgeht. Dass die Mittelschicht in ihrer materiellen Lage und politischen Neigungen heterogen ist (so auch Brooks und Manza 1997), ist angesichts aktueller Debatten, in denen von der Mittelschicht die Rede ist, ein wichtiges Zwischenergebnis.

Die Analyse der Verschiebung der Position sozialer Schichten in der marktlichen Einkommensverteilung suggeriert nicht, verteilungspolitische Interessen und auch faktische Redistribution seien daraus „ableitbar“. Vielmehr sollte festgestellt werden, ob die Entwicklung ökonomischer Distanzen überhaupt soziale Affinität plausibel macht. Die gewachsene Distanz zwischen mittlerer Schicht und Armen lässt jedoch eher auf das Gegenteil schließen. Zu bedenken bleibt, dass die mittlere Mitte auch jenseits ihrer stabilen Einkommensposition „Koalitionsneigungen“ entwickeln mag, aufgrund der viel-diskutierten Verunsicherung der Mitte (Lengfeld und Hirschele 2009) oder dem, in dieser Gruppe typischerweise ausgeprägten Empfinden, das eigene Einkommen sei ungerecht (Liebig und Schupp 2008). Dieser Beitrag galt aber politischen und institutionellen Vermittlungsmechanismen, die das potenzielle Verlangen der Bürger aufgrund der Einkommensentwicklung filtern.

Der multivariate Test einkommensstruktureller und politischer Faktoren zeigte, dass die Entwicklung der Umverteilung nach „unten“ in den vergangenen Dekaden durchaus von Veränderungen der Einkommensverteilung bestimmt war: Der schrumpfende Anteil unterer Einkommen am Markteinkommen mit größerer Distanz zwischen unteren und mittleren Einkommen war begleitet von wachsender Umverteilung. Die These der sozialen Affinität durch angenäherte Einkommensabstände zwischen unteren und mittleren Schichten trifft somit nicht zu.

Die zentralen Ansätze, politische Machtressourcen linker Parteien, politische Ausrichtung von Regierungen und politische Institutionen, ließen sich partiell bestätigen. Die Rechts-Links-Position von Regierungen (center of political gravity) hatte nur geringes Erklärungspotenzial: Nach dem lediglich signifikanten Effekt tendieren konservativ-rechts gerichtete Regierungen weniger zu Redistribution. Ein gewisser Zwang für alle Parteien, die in der Regierung bleiben wollen, Umverteilungsforderungen zu erfüllen, existiert demnach durchaus. Die Bewegung linker Parteien in die Mitte des Links-Rechts-Spektrums einzufangen, ergab einen signifikanten, aber ebenfalls schwachen Effekt.

Einer der Gründe dafür mag sein, dass Beteiligung an der Regierung nötig ist, damit die politische Position von Parteien spürbar wird.

Die ländervergleichenden Analysen, mit denen auch zeitinvariante Merkmale geprüft wurden, zeigten einen immerhin schwach positiven Einfluss des proportionalen Wahlrechts auf Einkommensumverteilung. Es gibt eher als das Mehrheitswahlrecht unteren Schichten und ihren politischen Vertretern Zugang zur Legislative. Deutlicher war aber der positive Einfluss der Wahlbeteiligung, die lediglich als Kontrollvariable diente. In dem Maße, wie auch in europäischen Ländern wie in den USA die Wahlbeteiligung benachteiligter Gruppen zurückgeht, würde ein selbstverstärkender Effekt die weitere Ungleichheitsentwicklung beschleunigen. Die Sorge vor Demokratieverdrossenheit und Hinwendung der Bevölkerung zu europaskeptischen und liberalisierungsfeindlichen Parteien, mag die Politik jedoch motivieren, kompensatorische Angebote zugunsten der Akzeptanz offener Märkte zu machen. Negativ von Globalisierung betroffene Gruppen scheinen ganz im Sinne der „domestic demand-Hypothese“ sozialstaatliche Kompensationen zu erhalten, um deren Unterstützung für Demokratie und offene nationale Ökonomien nicht zu gefährden (Rieger und Leibfried 1997).

Der institutionelle Effekt universeller sozialstaatlicher Regime, die Verteilungscoalitionen zwischen Mittel- und Unterschicht erleichterten, blieb klein. Theoretisch ist zwar plausibel, dass sich die Mittelschicht bei auch von ihr selbst genutzten sozialstaatlichen Leistungen eher in die Finanzierung von Transfers für Einkommensschwache einbinden lässt. Empirisch prägt aber der gewerkschaftliche Organisationsgrad redistributive Politik stärker als die vermuteten Anreize sozialstaatlicher Institutionen.

Insgesamt deuten die Ergebnisse durchaus auf einen Mechanismus der staatlichen Umverteilung, ohne dass dieser Beitrag ihn hinreichend geklärt hätte. Denn ärmere Haushalte verzeichneten eine schlechtere Marktposition, ohne dass die Mittelschichten aufgrund ebenso negativer Erfahrungen ähnliche Umverteilungspolitik wünschen sollten. Einige politische Mechanismen konnte ich nachweisen, die jedoch meines Erachtens nicht vollständig sind. In dieser Situation liegt es nahe, in den empirischen Einstellungen der Bürger die Lösung zu suchen. Sicher mag man dazu tendieren, in den von der Einkommensposition abweichenden Präferenzen die Erklärung zu suchen. Aus folgenden Gründen ist dies schwierig: a) In dieser Untersuchung blieben Einstellungen unberücksichtigt, da nötige Surveydaten für eine Längsschnittanalyse über das hier einbezogene Länderspektrum zu lückenhaft sind. Ein Einschluss der Einstellungen erfordert ein anderes Design als das vorgelegte; b) Die Mittelschichten weisen ebenso wenig einheitliche Mentalitäten auf wie Einkommenslagen; c) Zwischen Wählerforderungen und Politik sind Brüche zu beachten, wie Bartels Analysen zur amerikanischen Verteilungspolitik verdeutlichen (2006). Nach den in diesem Beitrag dargestellten Ansätzen, sind Einstellungen begrenzt wirksam, da sie erst politisch vermittelt wirksam werden, gleich, ob es aus der Einkommenslage erschlossene Interessen oder empirisch ermittelte Einstellungen sind. Da empirische Analysen wiederholt zeigten, dass Einstellungen durch Bildung und Einkommen, und somit weitgehend von Interessen geprägt sind, macht man keinen grundsätzlichen Fehler, diese, wie im vorliegenden Beitrag, zu erschließen.

Künftige Forschung sollte untersuchen, wie auch kleine Gruppen jenseits des Medianwählers einflussreich sind. Eventuell legen Parteien im Bemühen um Wählerstimmen redistributive Programme für kleine Gruppen auf, obgleich die Mittelschicht weder zu Koalitionen mit der Unterschicht, noch zu einer sogenannten „Robin-Hood-Mentalität“

neigt. Umgekehrt mag Unsicherheit in der Mittelschicht die Einsicht wachsen lassen, dass soziales Abrutschen möglich ist und Präferenzen für egalisierende, Unsicherheit reduzierende Politik fördern, ohne politische Angebote zu erhalten. Auch sollte künftige Forschung Methoden zur Erfassung der für alle Ansätze zentralen politischen Koalitionen entwickeln. Die ideologische Position auf dem Rechts-Links-Spektrum ist kaum hinreichend. Wünschenswert ist auch, die überlagernde kulturelle Dimension abbilden zu können. Weiter zeigt die Standard-Methode zur Ermittlung des Umfangs an Umverteilung nicht optimal, in welcher Weise die Mittelschicht vom Sozialstaat profitiert. Denn die Differenz zwischen Markt- und verfügbarem Einkommen stellt Konstanz bei dieser Schicht fest, wenngleich die Mitte vom Sozialstaat profitiert, allerdings im Bereich sozialer Sicherung, die weniger vertikal, sondern horizontal im Lebenszyklus umverteilt. Ebenso profitieren Mittelschichten eher von einer Politik der Arbeitsmarktmarktregulation. Die Regulierung der Erwerbsarbeit (Kündigungsschutz, kollektive Lohnverhandlungen) und das Bildungswesen sind Politikbereiche, die die Wohlfahrtsposition der Mitte stärker bestimmen als Grundsicherung und Mindestlöhne, die für die Einkommensposition der unteren Einkommensbezieher wichtig sind. Ein Desiderat für Forschung ist daher der Nachweis, inwieweit die Mitte von arbeitsmarktpolitischer Regulierung profitiert. Hier sehe ich Beziehungen zur Debatte um die arbeitsmarktpolitische Dualisierung, da Insider-Politik sicher eine Politik für die Mittelschicht ist.

Anhang

Tab. 3: Deskriptive Statistik – Soziale Distanzen und Umverteilung (Länder alphabetisch). (Quelle: *Luxembourg Income Study* (LIS), Berechnung auf Basis der Mikrodaten)

Länder (Anzahl Wellen)	Ratio Q3_Q1		Ratio Q5_Q3		Umverteilung (Differenz Marktverfügbare Eink.)	
	Markteinkommen		Markteinkommen			
	Minimum	Maximum	Minimum	Maximum	Minimum	Maximum
AT (1)	3,30		2,42		4,10	
AU (6)	2,84	3,47	2,13	2,40	2,9	3,82
BE (2)	2,10	2,42	1,81	2,0	2,16	4,02
CA (6)	2,87	3,47	2,09	2,28	2,41	3,53
CH (3)	2,11	3,47	2,24	2,35	1,31	3,45
DE (6)	1,98	3,24	1,99	2,39	1,82	4,82
DK (5)	3,58	5,27	1,84	1,96	4,87	7,10
ES (2)	2,60	3,58	2,28	3,15	1,90	1,90
FI (5)	2,62	3,74	1,91	2,27	4,1	6,38
F (2)	3,27	3,62	2,2	2,54	2,14	4,51
IE (2)	3,60	4,43	2,55	2,72	2,75	4,62
IT (3)	2,25	3,43	2,19	2,40	0,72	1,9
LU (4)	1,94	2,77	1,88	2,50	1,31	3,06
NL (4)	2,13	3,36	2,07	2,21	1,18	4,26
NO (6)	2,27	4,65	1,86	2,28	2,79	5,88
PL (5)	2,39	3,53	2,0	2,89	1,36	3,41
SE (6)	2,86	5,01	1,87	2,25	6,80	7,30
UK (6)	2,57	5,10	2,07	3,25	3,45	4,07
US (6)	3,20	3,98	2,23	3,05	2,15	2,50

Literatur

- Alber, Jens, und Ulrich Kohler. 2007. Die Ungleichheit der Wahlbeteiligung in Europa und den USA und die politische Integrationskraft des Sozialstaats. *Leviathan* 35:510–539.
- Alderson, Arthur S., Jason Beckfield und Francois Nielsen. 2005. Exactly how has income inequality changed? Patterns of distributional change in core societies. *International Journal of Comparative Sociology* 46:405–423.
- Alesina, Alberto, Edward Glaeser und Bruce Sacerdote. 2001. Why doesn't the United States have a European style welfare state? *Brookings Paper on Economic Activity* 2:187–254.
- Amable, Bruno, Donatella Gatti und Elvire Guillaud. 2008. How does party fractionalisation convey preferences for redistribution in parliamentary democracies? *CES Working Paper* 93.
- APSA. 2004. American democracy in an age of rising inequality. Task force on inequality and American democracy. www.apsanet.org (Zugegriffen: 05.07.2011).
- Armington, Klaus, Romana Careja, Sarah Engler, Panajotis Potosidis, Marlène Gerber und Philipp Leimgruber. 2010. *Comparative political data set III 1990–2008*. Bern: Institute of Political Science.
- Baldwin, Peter. 1990. *The politics of social solidarity. Class bases of the European welfare state 1875–1975*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Barr, Nicolas. 2001. *The welfare state as a piggy bank – information, risk, uncertainty, and the role of the state*. Oxford: Oxford University Press.
- Bartels, Larry. 2006. *Unequal democracy*. New York: Russell Sage Foundation.
- Beramendi, Pablo, und Thomas R. Cusack. 2008. Economic institutions, partisanship, and inequality. In *Democracy, inequality and representation. A comparative perspective*, Hrsg. Pablo Beramendi und Chris Andersen, 127–168. New York: Russell Sage Foundation.
- Bradley, David, Evelyn Huber, Stephanie Moller, Francis Nielsen und John D. Stephens. 2003. Distribution and redistribution in post-industrial democracies. *World Politics* 55:193–228.
- Brooks, Clem, und Jeff Manza. 1997. The social and ideological bases of middle-class political realignment in the United States, 1972–1992. *American Sociological Review* 62:191–208.
- Brooks, Clem, und Jeff Manza. 2006. Why do welfare states persist? Social spending effort in OECD democracies since the 1980s. *Journal of Politics Review* 68:815–826.
- Brüderl, Josef. 2010. Kausalanalyse mit Paneldaten. In *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Hrsg. Christoph Wolf und Henning Best, 963–994. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Castels, Francis G., und Herbert Obinger. 2007. Social expenditure and the politics of redistribution. *Journal of European Social Policy* 17:206–222.
- Corneo, Giacomo, und Hans Peter Grüner. 2000. Social limits to redistribution. *American Economic Review* 90:1491–1507.
- Cusack, Thomas R., und Lutz Engelhardt. 2002. *The PGL file collection: File structures and procedures*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Esping-Andersen, Gösta. 1990. *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Ferrarini, Tommy. 2006. *Families, states and labour markets. Institutions, causes and consequences of family policy in post-war welfare states*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Finseraas, Henning. 2008. Immigration and preferences of redistribution of European Survey Data. *Comparative European Politics* 6:407–431.
- Flora, Peter, und Jens Alber. 1981. Modernization, democratization and the development of the welfare state. In *The development of the welfare state in Europe and America*, Hrsg. Peter Flora und Andreas Heidenheimer, 37–80. London: Transaction Publishers.
- Ganghof, Steffen, und Philip Genschel. 2008. Deregulierte Steuerpolitik: Körperschaftssteuerwettbewerb und Einkommensbesteuerung in Europa. In *Die politische Ökonomie der europäischen Integration*, Hrsg. Martin Höpner und Armin Schäfer, 311–333. Frankfurt a. M.: Campus.

- Garfinkel, Irwin, Lee Rainwater und Timothy Smeeding. 2005. Welfare state expenditures and the redistribution of well-being: Children, elders, and others in comparative perspective. Luxembourg Income Study Working Paper Series No. 387.
- Goldthorp, John. 1982. On the service class, its formation and future. In *Social class and the division of labour*, Hrsg. Anthony Giddens und Gavin Mackenzie. Cambridge: Cambridge University Press.
- Goodin, Richard E., und Julian LeGrand. 1987. *Not only the poor. The middle class and the welfare state*. London: Allan & Unwin.
- Groh-Samberg, Olaf, und Florian R. Hertel. 2010. Abstieg der Mitte? Zur langfristigen Mobilität von Armut und Wohlstand. In *Dynamiken in der gesellschaftlichen Mitte*, Hrsg. Nicole Burzan und Peter A. Berger, 137–157. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hicks, Alexander, und Duane H. Swank. 1992. Politics, institutions and welfare spending in industrialized democracies, 1960–82. *American Political Science Review* 86:658–674.
- Hills, John. 2004. *Inequality and the state*. Oxford: Oxford University Press.
- Hradil, Stephan. 2005. Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften wieder ungleicher? In *Finanzmarktkapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderband 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Hrsg. Paul Windolf, 460–483. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huber, Peter J. 1967. *The behavior of maximum likelihood estimates under nonstandard conditions*. Proceedings of the Fifth Berkeley Symposium on Mathematical Statistics and Probability 1:221–233.
- Huber, Evelyn, und John Stevens. 2001. *Development and crisis of the welfare state*. Chicago: University of Chicago Press.
- Iversen, Torben, und David Soskice. 2006. Electoral institutions and the politics of coalitions: Why some democracies redistribute more than others. *APSR* 100:165–181.
- Iversen, Torben, und David Soskice. 2009a. *Distribution and redistribution: The shadow of the nineteenth century*. *World Politics* 61:438–486.
- Iversen, Torben, und David Soskice. 2009b. Dualism and political coalitions. Inclusionary versus exclusionary reforms in an age of rising inequality. Paper for annual meeting APSA Toronto.
- Kelly, Natan J. 2009. *The politics of income inequality in the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kenworthy, Lane. 2004. *Egalitarian capitalism*. New York: Russell Sage Foundation.
- Kenworthy, Lane. 2009. The effect of public opinion on social policy generosity. *Sociological Economic Review* 7:727–740.
- Kenworthy, Lane, und Leslie McCall. 2008. Inequality, public opinion and redistribution. *Sociological Economic Review* 6:35–68.
- Kenworthy, Lane, und Jonas Pontusson. 2005. Rising inequality and the politics of redistribution in affluent countries. *Perspectives on Politics* 3:449–471.
- Kitschelt, Herbert. 2001. Partisan competition and welfare retrenchment. When do politicians choose unpopular policies? In *The new politics of the welfare state*, Hrsg. Paul Pierson, 265–302. Oxford: Oxford University Press.
- Kittel, Bernhard. 2009. Statistische Erfordernisse und Inferenzschlüsse in makroquantitativ vergleichenden Forschungsdesigns. In *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft: Neuere Entwicklungen und Anwendungen*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth und Detlef Jahn, 277–295. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kitschelt, Herbert, und Philip Rehm. 2006. New social risks and political preferences. In *The politics of post-industrial welfare states. Adapting post-war social policies to new social risks*, Hrsg. Klaus Armingeon, 52–83. London: Routledge.
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith Bara, Ian Budge und Michael MacDonald. 2006. *Mapping policy preferences II: Estimates for parties, electors and governments in central and Eastern Europe, European Union and OECD 1990–2003*. Oxford: Oxford University Press.

- Korpi, Walter. 1983. *The democratic class struggle*. Boston: Routledge & Kegan Paul.
- Korpi, Walter. 1989. Power, politics, and state autonomy in the development of social citizenship. *American Sociological Review* 54:308–324.
- Korpi, Walter. 2003. Welfare state regress in Western Europe: Politics, institutions, globalisation, and Europeanisation. *Annual Review of Sociology* 29:589–609.
- Korpi, Walter, und Joakim Palme. 1998. The paradox of redistribution and strategies of equality. Welfare state institutions, inequality and poverty in the Western countries. *American Sociological Review* 63:661–687.
- Korpi, Walter, und Joakim Palme. 2004. Robin Hood, St. Matthew, or simple egalitarianism? Strategies of equality in welfare states. In *A handbook of comparative social policy*, Hrsg. Peter Kenneth, 153–179. Cheltenham: Edward Elgar.
- Kristov, Lorenzo, Peter Lindert und Robert McClelland. 1992. Pressure groups and redistribution. *Journal of Public Economics* 48:135–163.
- Lefkofridi, Zoe, Nathalie Giger und Kathrin Kissau. 2012. Inequality and representation in Europe. *Representation* 48:1–11.
- Liebig, Stefan, und Jürgen Schupp. 2008. Immer mehr Erwerbstätige empfinden ihr Einkommen als ungerecht. *Wochenbericht des DIW Berlin* 31:11–16.
- Lindvall, Johannes, und David Rueda. 2012. Insider-outsider politics: Party strategies and political behaviour in Sweden. In *The age of dualization. The changing face of inequalities in deindustrializing countries*, Hrsg. Patrick Emmenegger et al., 277–303. Oxford: Oxford University Press.
- Lübker, Martin. 2007. Inequality and the demand for redistribution: Representation are the assumptions of the new growth theory valid? *Sociological Economic Research* 5:117–148.
- Lupu, Noam, und Jonas Pontusson. 2008. Income inequality, electoral rules and the politics of redistribution. www.noamlupu.com (Zugegriffen: Juni 2012).
- Lupu, Noam, und Jonas Pontusson. 2011. The structure of inequality and the politics of redistribution. *APSR* 105:316–336.
- Luxembourg Income Study. www.lisproject.org.
- Mahler, Vincent A. 2008. Electoral turnout and income redistribution by the state: A Cross-national analysis of the developed democracies. *European Journal of Political Research* 47:161–183.
- Mahler, Vincent A., und David K. Jesuit. 2006. Fiscal redistribution in the developed countries: New insights from the Luxembourg income study. *Socio-Economic Review* 4:483–512.
- Mahler, Vincent, David K. Jesuit und Pjotr R. Paradowski. 2010. *The political sources of government redistribution in the developed world. Focus on the middle class*. Paper prepared for the LIS conference in Luxembourg. Inequality and the status of the middle class. Lessons from the LIS. Walferdange June 2010.
- Manow, Philip. 2009. Electoral rules, class coalitions and welfare state regimes, or how to explain Esping-Andersen with Stein Rokkan. *Socio-Economic Review* 7:101–121.
- Meier-Jaeger, Mads. 2011. Macroeconomic and social change and popular demand for redistribution. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1799951 (Zugegriffen: 12.06.2012).
- Meltzer, Alan, und Scott F. Richard. 1981. A rational theory of the size of government. *Journal of Political Economy* 89:914–927.
- Milanovic, Branko. 2000. The median-voter hypothesis, income inequality, and income redistribution. An empirical test with the required data. *European Journal of Political Economy* 16:367–410.
- Moene, Karl O., und Michael Wallerstein., 2001. Inequality, social insurance, and redistribution. *American Political Science Review* 95:859–874.
- OECD. 2008. *Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries*. Paris: OECD.
- OECD. 2011. *Divided we stand. Why inequality keeps rising*. Paris: OECD.
- Oesch, Daniel. 2006. *Redrawing the class map*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Osberg, Lars, Timothy Smeeding und Jonathan Schwabish. 2004. Income distribution and public social expenditure. Theories, effects, and evidence. In *Social Inequality*, Hrsg. Kathrin Neckerman, 821–828. New York: Russell Sage Foundation.
- Palme, Joachim. 2006. Welfare states and inequality: Institutional designs and distributive outcome. *Research on Social Stratification and Mobility* 24:387–403.
- Pamp, Oliver. 2011. Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilungsreaktionen: Ist die Mittelschicht der große Verlierer? *Sozialer Fortschritt* 12:281–288.
- Papadakis, Elim. 1993. Class interests, class voting and welfare regime. *British Journal of Sociology* 44:249–270.
- Perotti, Roberto. 1996. Growth, income distribution, and democracy: What the data say. *Journal of Economic Growth* 1:149–187.
- Piketty, Thomas. 1995. Social mobility and redistributive politics. *Quarterly Journal of Economics* 110:551–584.
- Pontusson, Jonas. 2005. *Inequality and prosperity. Social Europe vs. Liberal America*. Ithaca: Cornell University Press.
- Pontusson, Jonas, und David Rueda. 2010. The politics of inequality. Voter mobilization and left parties in advanced industrial states. *Comparative Political Studies* 43:675–705.
- Rieger, Elmar, und Stefan Leibfried. 1997. Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung. *Politische Vierteljahresschrift* 38:771–796.
- Römer, Thomas. 1975. Individual welfare, majority voting, and the properties of a linear income tax. *Journal of Public Economics* 4:163–185.
- Rothstein, Bo. 1998. *Just institutions matter*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rueda, David. 2005. Insider-outsider politics in industrialized democracies. *American Political Science Review* 99:61–74.
- Saunders, Peter. 2010. Inequality and poverty. In *Oxford handbook of welfare state*, Hrsg. Francis G. Castles, Stephan Leibfried und Jane Lewis, 526–538. Oxford: Oxford University Press.
- Schäfer, Armin. 2010. Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 4:131–156.
- Schwabish, Jonathan, Timothy Smeeding und Lars Osberg. 2004. *Income distribution and social expenditure. A Cross-national perspective*. With the assistance of Eriksen M. and J. Marchand. Working Paper.
- Scruggs, Lyle, und James P. Allan. 2006. Welfare-state decommodification in 18 OECD countries: a replication and revision. *Journal of European Social Policy* 16:55–72.
- Shapiro, Ian. 2002. Why the poor don't soak the rich. *Daedalus* 131:118–128.
- Svallfors, Stefan. 1999. The middle class and welfare state retrenchment. Attitudes to swedish welfare policies. In *The end of the welfare state?* Hrsg. Stefan Svallfors und Peter Taylor-Gooby, 34–52. London: Routledge.
- Svallfors, Stefan. 2004. Class attitudes and the welfare state. Sweden in comparative perspective. *Social Policy and Administration* 38:199–238.
- Tullock, Gordon. 1971. The charity of the uncharitable. *Western Economic Journal* 9:379–392.
- Warwick, Paul V. 2011. Voters, parties and declared government policies. *Comparative Political Studies* 41:1675–1699.
- White, Halbert. 1980. A heteroskedasticity-consistent covariance matrix estimator and a direct test for heteroskedasticity. *Econometrica* 48:817–838.
- Whiteford, Peter. 2008. How much redistribution do governments achieve? *OECD* 2008:97–119.

Ursula Dallinger, Prof. Dr., Universität Trier. Schwerpunkte: Vergleichende Sozialpolitikforschung, Ungleichheit und Sozialstaat, Einstellungen zum Sozialstaat. Publikationen: The Endangered Middle Class? A Comparative Analysis of the Role Played by Public Redistribution. *Journal of European Social Policy* 23, 2013.